

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:

Wochenblatt 2.- M., monatlich 6.- M., ...

Anzeigenpreis:

Die abgeleitete Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 18. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Radikalisierung der englischen Arbeiter

Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage Deutschlands hätte das Rätesystem den baldigen völligen Untergang des deutschen Volkes zur unmittelbaren und die Gegenrevolution zur weiteren Folge.

Das Problem liegt doch sehr klar: Ursache aller unserer innerpolitischen Schwierigkeiten ist die Niederlage. Die Niederlage, die Deutschlands wirtschaftliche Lage zu einer verzweifeltsten gemacht hat, die Niederlage, die unsere Saluta auf ein furchtbares Niveau sinken ließ, die das Feuerbefehl und den Hunger, die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsunlust, die Verfehrskalamität und die Kohlennot verschuldet hat, die Niederlage, die unsere kühnen Sozialisierungshoffnungen größtenteils vernichtet hat.

Unter diesem Gesichtspunkt vor allem haben wir die Ergebnisse des jüngst in Glasgow abgehaltenen englischen Gewerkschaftskongresses zu betrachten. Die Radikalisierung der englischen Organisierten, der Beschluß ihrer Versammlung, jedes Mittel, auch die „direkte industrielle Aktion“, also den politischen Massenstreik anzuwenden, um ihren Willen der Regierung aufzuzwingen oder gar deren Sturz herbeizuführen, sind Erscheinungen von weittragendster Bedeutung, auch für das deutsche Volk.

Wisher war die englische Arbeiterchaft zwar vorzüglich organisiert, aber mäßig politisiert. Das erklärt auch den überraschend großen Misserfolg der Arbeiterkandidaten bei den „Khart-Bahlen“ im Dezember vorigen Jahres, bei denen die hervorragenden Führer der Labour Party, u. a. Macdonald, Henderson, Snowden, Jowett, durchgefallen waren.

Die Möglichkeit einer Arbeiterregierung in England, die man noch zur Jahreswende, nach den Dezemberwahlen, für ein Hirngespinnst halten mußte, ist in nahe Zukunft gerückt. Man hatte übrigens das nackte Endergebnis dieser Unterkaufwahlen, welches infolge besonderer Wahlmodalitäten keineswegs der eigentlichen Stimmverteilung entspricht, vielfach überschätzt. Aber gleichzeitig mit den radikalen Beschlüssen des Glasgower Gewerkschaftskongresses zeigt auch der überraschend glatte Wahlsieg Hendersons im Wahlkreis Widnes, seit 1885 einer Hochburg der Konservativen, daß der Umschwung in England tatsächlich in vollem Gange ist.

Wachsende Erregung in Elsaß-Lothringen.

Die wir wiederholt berichtet haben, macht sich in Elsaß-Lothringen eine immer steigende Erregung der Arbeiterbevölkerung gegen die Einberufungen zum französischen Heeresdienst bemerkbar.

Trotz scharfen Einschreitens der militärischen Behörden nimmt in Elsaß-Lothringen die Volksbewegung gegen die Einberufung zweier Jahrgänge täglich zu. Die angekündigten Versammlungen wurden verboten. Eine Versammlung von Jungsozialisten in Mülhausen wurde vom Militär auseinandergepresst.

Plünderungen in Köslin.

Zu großen Lebensmittelplünderungen kam es in den gestrigen Vormittagsstunden in Köslin, nachdem sich bereits vorgestern kleinere Unruhen bemerkbar gemacht hatten. Eine größere Menschenmenge, hauptsächlich junge Burschen, die von den Werken der hiesigen Luftverehrsgesellschaft entlassen worden sind, fürzte die in der Nähe des Marktes gelegenen Lebensmittel-, Zigarren-, Schuh- und Manufakturwarengeschäfte und plünderte sie.

Gestern nachmittag wurden noch verschiedene Geschäfte geplündert. Einige Verhaftungen konnten vorgenommen werden; dann aber belagerte die Menge das Rathaus, um die Verhafteten zu befreien. Die Garnison hielt sich zurück, da sie viel zu schwach ist.

Am vormittag hatte der Landrat mit einer Abordnung wegen der schlechten Lebensmittelversorgung verhandelt. Die Stimmung der Einwohnerschaft ist sehr erregt. Ueber dem Marktplatz kreisten dauernd zwei Reichswehrtruppen, die jedoch nicht eingriffen und keinen Eindruck auf die Menge machten.

Einstellung der Gaslieferung in Altona.

Die Direktion der Gaswerke Altona macht bekannt, daß sie infolge Kohlenmangels den Betrieb einstellen mußte. Die Wiederabgabe von Gas wird öffentlich bekanntgemacht werden.

Wien vor der Katastrophe.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Kohlennot in Wien hat einen solchen Grad erreicht, daß mit der vollkommenen Stilllegung der Elektrizitätswerke und anderer lebenswichtiger Betriebe gerechnet werden muß.

Äußerungen der englischen Delegation auf der Luzerner Konferenz im August deutlich hervor. Die Southporter Resolution über den Versailler Friedensvertrag enthielt eine lange Reihe von Revisionsforderungen, die sich im allgemeinen mit den wichtigsten Gegenvorschlägen der deutschen Friedensdelegation decken.

Die Uebernahme der Regierungsgewalt in England durch die Arbeiterchaft würde die baldige, gründliche, weitherrige Revision des Versailler Friedensvertrages bedeuten, die Befreiung des deutschen Volkes aus dem kapitalistischen Sklavenjoch, in dem es sonst auf Generationen hinaus durch das Diktat Clemenceaus und Lloyd Georges gehalten wäre.

Je radikaler, je politischer entschlossener die englische Arbeiterchaft wird, desto größer wird diese Hoffnung einer besseren Zukunft für die deutsche Arbeiterklasse sein. Da begrüßen wir es natürlich rückhaltlos, wenn aus England die Kunde kommt, daß die Wehrheit der englischen Gewerkschaften entschlossen ist, ihre Macht zur Erreichung ihrer Ziele tatkräftig zu gebrauchen.

Wenn die „direkte Aktion“, der politische Streik in einer Republik gepredigt wird, in der die sozialistische Partei ausschlaggebenden Einfluß in der Regierung behält, wenn dies zumal in einem Lande geschieht, das sich wirtschaftlich und politisch

am äußersten Rande des Abgrundes befindet, wenn diese Sache nichts anderes bezweckt, als die ehrgeizigen Pläne einiger unbefriedigter Parteiführer oder Wirkköpfe zu fördern, auf Kosten des Wohles und der Zukunft des ganzen Volkes, so ist dies ein Wahnsinn und ein Verbrechen, das nicht scharf genug, gerade von Sozialisten, bekämpft werden kann.

Aber in dem siegreichen, wirtschaftlich gesicherten Königreich Großbritannien, das von den Vertretern des imperialistischen Kapitalismus, von den Lloyd George und Churchill regiert wird, ist der politische Streik die selbstverständliche Waffe des Proletariats. Darin liegt doch ein ganz gewaltiger, ein fundamentalster Unterschied.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Aufgeben des russischen Abenteuers durch Lloyd George und Churchill nicht zuletzt auf die in Glasgow widerwärtigste Stimmung der englischen Arbeiterchaft zurückzuführen ist. Danach hätten die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses eine nach revolutionären Standpunkt aus — mag man über das bolschewistische Regime denken, wie man will — nur begrüßenswerte Rückwirkung bereits gehabt.

Um es offen zu sagen: auch unsere Stellungnahme zur russischen Sowjetregierung leidet vielfach unter einer solchen einseitigen Beurteilung. Denn, welche Standpunkte das bolschewistische Regime auch bezogen hat, welche ungeheuren Schwierigkeiten die bolschewistische Propaganda aus auch im Innern verursacht hat, mag man die rücksichtslosen Methoden der Trotsky, Lenin, Kadel und Joffe, als Regierende und als „Diplomaten“, noch so scharf bekämpfen, es wäre gerade vom deutschen Standpunkt aus höchst bedauerlich, wenn man dabei die eine Größe der Rev.-Moskauer verpönte, die sie sind die letzte revolutionäre Macht, der es noch gegönnt ist, der sonst allmächtigen Reaktion der Ententeregierungen zu trotzen. Sie bilden seit der von den unabhängigen geforderten restlosen Unterwerfung Deutschlands unter das Versailler Diktat das letzte Bollwerk des Widerstandes gegen die kapitalistischen Herrscher der Pariser Konferenz. Man muß bedenken, daß Clemenceau und Lloyd George zur Wiederherstellung ihres letzten Gegners alle Mittel anwandten, die sie im Kampf gegen Deutschland gebrauchten, einschließlich der Blockade. Vielleicht sind manche der terroristischen Untaten, die wir bei Lenin beurteilen, nur die Folge der Hungerrivolten, die die Entente durch die Aushungerung Sowjet-Rußlands planmäßig verursacht. Das sollten am allerwenigsten wir Deutschen vergehen, die bis in die letzte Zeit hinein die innerpolitischen Rückwirkungen dieses grauamigen aller Kriegsmittels zu wahren hatten.

Man kann diese eigenartige Größe der Moskauer Regierung zu würdigen versuchen, ohne dabei den Anschein zu erwecken, als wollte man ihre Methoden irgendwie rechtfertigen.

Freilich, wenn von unserer Seite versucht wird, über alle berechtigten Bedenken hinweg die Frage der russischen Sowjetregierung sachlich zu beurteilen und auch die ihm vorliegenden, ja bewundernswerten Momente hervorzuheben, die der derzeitige Widerstand Trotsky und Lenins gegen die Koalition der ganzen siegreichen Ententewelt aufweist, oder wenn wir die Radikalisierung des westeuropäischen Proletariats begrüßen, da wollen es uns die unabhängigen Demagogen verbieten und schreien nach Heuchelei und Inkonsequenz.

Schäblich aber und inoffizient sind vielmehr jene, die bei jeder Gelegenheit, namentlich in den Tagen von Versailles, durch ihr würdeloses Verben um die Gunst der Clemenceau und Lloyd George die Bestreaktion der Ententeregierungen stützen, und zu Hause oder auf internationalen Kongressen, in radikalen Tönen sich als Vorkämpfer einer Weltrevolution ausgeben, die sie, nach den sachverständigen Urteilen aller russischen und deutschen Kommunisten, verraten haben.

Victor Schilt.

Lloyd George lenkt ein.

Unter dem Druck der vorstehend geschilderten Arbeiterbewegung scheint sich in England ein völlig neues Regierungsprogramm vorzubereiten. Eine Reihe leitender Staatsmänner hat sich eines Besseren besonnen und ein Regierungsprogramm ausgearbeitet, das in einer etwas eigenartigen Form dem Volke vorgelegt wurde: Am Montag erschien eine Ausschreibungserklärung über die nationalen Bedürfnisse und die nationale Politik. Sie enthält eine Wotschaft Lloyd Georges und mehrere Erklärungen führender Staatsmänner, in denen für den Herbst das neue Regierungsprogramm angekündigt wird mit folgenden Punkten:

Einführung einer Achtstundentagsarbeit von 48 Stunden, angemessene Löhne für alle Arbeiter, Mitbestimmungsrecht der Ar-

beiter bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen, finanzielle Beteiligung der Arbeiter an dem Ergebnis ihrer Arbeit, gesunde Wohnungen und gute Transportmittel.

Derner wird der Ankauf der Bergbaurechte durch den Staat, die Erhöhung der Kohlenpreise zum Zwecke sozialer Verbesserungen in den Bergbauindustrien, Fortsetzung der Arbeiter in den Kontrollräten der Bergbauindustrie, freie Laufbahn für alle Bergarbeiter in der ganzen Industrie und die sofortige Einsetzung einer Kommission für die Kohlenverwertung angefordert.

Außerdem werden eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der Handelspolitik angefordert, die zum Teil schon in Kraft sind.

Es handelt sich danach um eine Reorientierung der englischen Politik der nächsten Zeit. Die „Future“ soll als Prologorgan einer Reihe von Politikern, die eine neue Parteikombination für die Politik der Wiederbesetzung nach dem Kriege anbahnen wollen in unregelmäßigen Zeitabschnitten erscheinen. Ob sie diesen Zweck erfüllen wird, läßt sich nach den bisher vorliegenden Meldungen noch nicht übersehen. Es ist jedoch bezeichnend, daß bürgerliche Reformgesinnliche in England sich bereits heute auf die Erfordernisse der zukünftigen Politik unter harter Berücksichtigung der Arbeiterinteressen einstellen, weil sie sehen, daß es eben so nicht weiter geht. Bei der hohen Entwicklung des parlamentarischen Systems in England und bei seiner bisherigen Tradition ist das kein Wunder. Fraglich ist es noch, ob die heutigen Führer bei den stark radikalisierten Arbeitermassen das Verständnis finden werden, das sie erwarten. Die Bergarbeiter sind bekanntlich mit dem Ankauf der Bergbaurechte nicht zufrieden und fordern die Nationalisierung des gesamten Bergbaus, auf den Lloyd George und seine Parteigänger vorläufig nicht eingehen wollen.

Nunmehr ist die Art, wie Lloyd George einleuft, ein bedeutendes Zugeständnis, das — insbesondere in der Frage der Betriebsräte — auch dem deutschen Vorkriegsstand zu denken geben sollte.

„Laut „Allgemein Handelsblatt“ hat bei Eröffnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses Henderson unter großem Beifall gesprochen und u. a. gesagt, die Forderung nach Verstaatlichung der Haupteisendahlen gehe Hand in Hand mit der Forderung nach einer demokratischen Regierung und einem wirklichen Anteil der Arbeiter an der Verwaltung der Industrie.

Rußlands Friedensangebot an die Entente.

Wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus New York meldet, hat William Bullitt am 16. seinen Bericht über Rußland veröffentlicht.

In diesem Bericht befürwortet er den Vorschlag Lenins, daß die Sowjets mit den Alliierten Frieden schließen wollten. In dem Leninschen Vorschlag war vorgesehen, daß die Sowjetregierung die Kontrolle über alle Eisenbahnen haben soll, und daß die wirtschaftliche Blockade aufgehoben und den politischen Gefangenen Amnestie gewährt wird. Bullitt schildert Lenin als einen Mann, der die Schattenseite des russischen Volkes beherrsche, wodurch seine Stellung die eines Diktators sei. Man könne in Rußland nur eine sozialistische Regierung errichten. Wenn die Blockade aufgehoben würde, so würden die Parteien, die grundsätzlich gegen die Kommunisten seien, sie aber im Augenblick unterstützen, imstande sein, den Kampf zu gewinnen. Die geistigen Kräfte der russischen Regierung seien jetzt der aufbauenden Arbeit zugewandt, und die Phase des Niedertreibens sei vorbei. Man glaubt fest, daß Wilson eine Beantwortung der Darlegungen Bullitts gestatten wird.

Der Dementierapparat.

Das Reutersche Bureau bezeichnet die Enthüllungen Bullitts als ein Gewebe von Lügen.

Dieses Dementi im Namen Lloyd Georges wird fast allgemein für ungenügend gehalten. Die „Morning Post“, die „Times“ und die „Daily News“ sind der Ansicht, daß nähere Angaben notwendig sind. „Daily News“ schreibt: Es wäre wichtig zu wissen, ob die Unterstützung, die jetzt politisch und Denkmil gewährt wird, rückgängig gemacht werden wird.

Der Volkspark der Zukunft.

Von H. Matthäus Weyer.

Wenn eine Stadt zur Erbauung ihrer Einwohner ein Stück Landschaft mit Bäumen und gepflegten Wegen beschafft, so nennt man das ganze entweder einen Stadt- oder einen Volkspark. Stadtspark — gut, die Bezeichnung ist durchaus am Platz. Den Namen Volkspark aber müßte man aufheben für etwas, das heute noch in den Anfängen steht. Der Volkspark sei mehr als ein Stück gartenarchitektonisch behandelte Natur. Die freibildliche Kengestaltung des Staates wird sicherlich von Einfluß sein auf die Formen, in denen wir uns mit den öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Massenversammlungen unter freiem Himmel werden in der jüngsten Republik mehr und mehr in Aufnahme kommen. Wenn das Pachtvolk zu sagen wäre, in einer großen Kundgebung, wenn es für ein Fest den würdevollsten Rahmen zu finden gelte, dann müßte der Volkspark die Stätte sein. Daneben müßte er den Massen Raum und Einrichtungen gewähren für Sport und Spiel, müßte besondere Bezirke besitzen, die ausschließlich der Jugend gehören, Anlagen mit lehrreichem Anschauungsmaterial und mit Gelegenheit zu gärtnerischer Betätigung. Wir brauchen Freiluftkultur, Mittelpunkte des städtischen kulturellen Lebens, die außerhalb der Stammischatmosphäre liegen.

Ein Volkspark, der solchgestalt zu einer vorbildlichen Anlage werden dürfte, ist in Altona im Entstehen. Der Krieg hatte die bereit vor fünf Jahren aufgenommenen Arbeiten verzögert. Jetzt haben in dem über zwei Millionen Quadratmeter großen Park hunderte von Rohbauarbeiten Beschäftigung gefunden. Eine weiträumige rasenbewachsene Ebene ist zu dem ausgesprochenen Zweck geschaffen worden, als Fest- und Versammlungsstätte zu dienen. An einer anderen Stelle wird eine große Sportanlage geschaffen mit einem Stadion über 30 Tennis-, Vollen- und Fußballplätze sowie Lauff- und Wälderläden. In einer tiefen- und Vorkantung ist eine Waldhofanlage eingerichtet, in der vom Frühjahr bis in den Herbst jährlich Hunderte schlechteren Altonaer Kinder Aufsicht und Verpflegung finden. Ferner befindet sich da ein Zentralskulpturgarten, der eine ganz neue Art der Gestaltung ist: eine Vorbereitungsstätte für den Kleingartenbau. Ueber den Nutzen der Schrebergärten noch ein Wort zu sagen, ist überflüssig. Aber wie wird man Schrebergärten? Wie vor allem wird man es, ohne durch Mißfolge und Verluste beträchtliches Vergeuden zu müssen? Die Antwort muß später einmal lauten: Indem man in der Jugend

Wenn das wahr ist, so besteht einige Hoffnung darauf, im September oder Oktober den Frieden zu bekommen, den die Sowjetregierung durch Bullitt in einem offiziellen und unterschriebenen Dokument im März angeboten hat. Wenn das aber nicht wahr ist, so muß die Erklärung der Regierung als ein neuer Beweis für die unveränderliche Unaufrichtigkeit der Politik der Alliierten gegenüber Rußland angesehen werden.

Agarischer Landesverrat.

Der berühmte Junker Oldenburg v. Januschau war eine der stärksten Säulen des alten Systems und galt als großer Patriot. Aber auch bei ihm, wie bei so vielen seiner Standesgenossen, endete der Patriotismus beim Geld. Zeugnis dafür gibt ein Brief dieses Mannes an eine hochgeachtete, damals noch im Amte befindliche Persönlichkeit, der folgenden Inhalt hat:

„Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schereiten mit den Göttern und der Zivilverwaltung los zu sein. Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in den Kleinstücken verkauft. Die Ernterücklage auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zu der obersten Kriegsverwaltung in allen Kreisen immer mehr schwindet. Daß das Vertrauen zur obersten Zivilverwaltung längst fehlt, weiß Du. Nun aber Schwamm drüber...“

Der Brief ist datiert vom 12. April 1915, also aus der Zeit der ersten Feldbestellung nach dem Kriegsausbruch und nach Verlängerung der Blockade. Und da gesteht der Freiherr v. Oldenburg einem hohen Staatsbeamten fast lächelnd, daß er aus Karger über die „wechselnden Verordnungen“ den feindlichen Ausbaugeplänen unterstützt, indem er ein großes Stück Land unbebaut liegen läßt! Solche Geständnisse konnten die Herrschaften damals ihren beamteten Duzfreunden machen, ohne befürchten zu müssen, daß deswegen gegen sie vorgeschritten würde.

So liefert der Brief des Januschauers zur Psychologie der neuesten Vorgänge in Rommern einen angemessenen Beitrag.

Der Fall Reinhard.

Der Fall Reinhard beschäftigt noch immer die Öffentlichkeit. Seitens der Reaktion wird der krampfhafteste Versuch gemacht, die ganze Angelegenheit zu einem Fall Reuendorf zu stampeln; diesem durchsichtigen Manöver gegenüber wollen wir nochmals mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die Verantwortlichkeit des Herrn Reuendorf in der ganzen Angelegenheit eine vollkommen untergeordnete Rolle spielt; im Vordergrund des Interesses steht lediglich der Oberst Reinhard. Dennoch sei eine durch B. T. B. verbreitete Mitteilung über Reuendorf wieder gegeben.

Zum Fall Reuendorf kann mitgeteilt werden, daß die Identität des Georg Reuendorf, dessen Strafregister von amtlicher Seite veröffentlicht worden war, mit dem Offiziersvertreter der Reichswehr Reuendorf, der die bekannten Angriffe gegen Oberst Reinhard richtete, aus der Übereinstimmung der Papiere ebenso wie aus den Zeugenaussagen einwandfrei festgestellt worden ist. Insbesondere hat auch die in Berlin lebende Ehefrau des Reuendorf die Richtigkeit der Feststellung der Verantwortlichkeit Reuendorfs bezeugt. Wenn sich Reuendorf heute als unbestraft hinstellt, so ist er das wahrscheinlich in der Annahme, daß seine Vorstrafen unter die ausgesprochenen Amnestien fallen und somit gelöscht seien. Und wenn das zutreffen sollte, ändert dies selbstverständlich nichts an seinem sich aus den Vorstrafen ergebenden Charakterbild.

Außerdem aber wird durch B. T. B. ein weiterer Bericht verbreitet, der von einer Verammlung der Vertrauensleute der Brigade Reinhard Mitteilung macht:

Die Vertrauensleute der Brigade Reinhard haben gestern gemeinsam und einstimmig die Erklärung abgegeben, daß Oberst Reinhard seit Bestehen der Brigade niemals eine gegen die Republik oder gegen die Reichsregierung gerichtete Propaganda getrieben habe. Oberst Reinhard habe im Gegenteil

stets sehr energisch betont, daß er selbst unbedingt hinter der Reichsregierung stehe und die gleiche Haltung auch von seinen Untergebenen erwarte, da er eine solche Stellungnahme als die Voraussetzung dafür ansehe, daß Deutschland wieder zu geordneten Zuständen zurückkehre.

Die Vertrauensleute waren einheitlich der Ansicht, daß, wenn einzelne der dem Oberst Reinhard zum Vorwurf gemachten Äußerungen über Mitglieder der Reichsregierung wirklich gefallen seien, dies sicher nicht in einer öffentlichen Ansprache an die Truppe geschehen sei. Diese Äußerungen würden dann nur als menschlich begreifliche Äußerungen, augenblicklichen Unmutes anzufassen, jedenfalls aber nicht geeignet sein, das Bild der unbedingten loyalen Haltung des Obersten Reinhard zu trüben.

Seine unbedingte dienstliche Zuverlässigkeit und Eignung hat Oberst Reinhard durch seine aufopfernde und erfolgreiche Arbeit im Sinne der Reichsregierung hinlänglich bewiesen.

Die Vertrauensleute waren einig in der Zurückweisung der Verdächtigung, daß Oberst Reinhard, der dies ja auch selbst energisch bestritten, irgendwelche monarchistische Propaganda betrieben habe und sprachen dem Oberst Reinhard ihr unbedingtes Vertrauen aus.

Hierzu ist zu bemerken, daß sich unter den Vertrauensleuten diejenigen Männer, die da behaupten, jene von uns der Öffentlichkeit übergebenen Äußerungen des Oberst Reinhard gehört zu haben, zurzeit nicht mehr befinden, daß sie vielmehr teils nicht mehr in ihrer Eigenschaft als Vertrauensleute fungieren, teils aus der Brigade ausgeschieden sind.

Hinzu kommt die eigenartige Tatsache, daß sich die Vertrauensmännerversammlung verpflichtet fühlt, den Oberst gegen Äußerungen zu verteidigen, die dieser getan zu haben in seinem „soldatisch-rouhen“ Brief an uns gar nicht bestritten hat. Die schonende Milde, mit der die Vertrauensleuteversammlung die privat getanen Äußerungen als „menschlich begreifliche Äußerungen“ bezeichnet, wirkt zwar auf das gute Herz der Versammlung ein gültiges Licht, ist aber nicht geeignet, schwere Beleidigungen eines Offiziers gegen seine Regierung zu entschuldigen, für die er einzutreten sich verpflichtet hat.

Wir sehen uns deshalb keineswegs veranlaßt, unsere Stellungnahme zum Fall Reinhard auch nur in einem einzigen Punkte zu revidieren. Zur vollen Klärung der Angelegenheit wird wohl nur der gerichtliche Weg offen bleiben.

Mißhandlungen eines republikanischen Offiziers.

Unter diesem Titel haben wir im letzten Abendblatt von Vorgängen in einem Potsdamer Offizierskasino berichtet. Dort sei ein republikanisch gesinnter Offizier von Kameraden beschimpft, angepöbelt und geschlagen worden, weil er in der Versammlung des Republikanischen Führerbundes Mitteilung darüber gemacht habe, wie „in den Offizierskasinos gegen die Regierung geheut und gewählt“ werde.

Die „Vol. Parl. Nachr.“ wissen über den mißhandelten Offizier nun allerlei zu erzählen. Und zwar haben sie von zuständigen Stellen folgendes erfahren:

Am 15. September fand im Herrenhaus in Berlin eine Vollversammlung des „Republikanischen Führerbundes“ statt. In dieser großen Versammlung hat Leutnant Bieweg eine Rede, in der er drei Hauptpunkte, einen Oberleutnant und zwei Leutnants reaktionärer monarchistischer Umtriebe beschuldigte. Der Rede liegen folgende amtlich festgestellten Tatsachen zugrunde:

Bieweg trat in das Offizierskorps der 1. und 2. Flieger im Potsdam ein und betonte dort demonstrativ seine radikal-revolutionäre Gesinnung. Er erzählte, im Rheinland habe sich ein Bund gebildet, der durch einen Putsch die Wiedereinführung des Kaisers durchsetzen werde, und er suchte unter den Offizieren Anhänger zu gewinnen. Im wechselseitigen Gespräch über die Angewandtheit dieses Unternehmens wurde er von Vorgesetzten zurückgewiesen. Einem von diesen warf er vor, wohl nach der Revolution nach links gerückt zu sein.

Gelegentlich einer dienstlichen Offiziersbesprechung wurde die Möglichkeit eines geschlossenen Beitritts zum „R. F. B.“ erzwungen. Sofort erklärte Bieweg den Vorgesetzten, es sei ihm unmöglich, diese in Bund zu beizutreten. Auf die Neuerung des Vorgesetzten, daß nach seiner Meinung jeder es mit seinem Gewissen vereinbaren könne, beizutreten, sofern er nicht monarchistische Putschgedanken habe, erwiderte Bieweg: „Ich

die Vorbereitungsstätte für den Kleingartenbau besucht. Jemehr, in jeder Stadt unseres Vaterlandes muß sie so lauten. Das heißt: jede Stadt, in der man sich von sozialer Einsicht leiten läßt, muß ihren Volkspark und darin zum Zwecke des obligatorischen Jugendunterrichts diese Vorbereitungsstätte für den Kleingartenbau haben. Der Name nur ist etwas langatmig. Wie wäre es mit Schreberschule?

Muß noch gesagt werden, wie der Schreberschulbetrieb konstituiert geht? Jedes Kind hat sein Stückchen Land, das es unter Anleitung bestellt und in Ordnung hält. Wird das für die Jugend ein Vergnügen sein, wenn sie dort mit Spaten und Rechen hantieren, wenn sie herabfallen kann, wie die Saat sprotzt und gedeiht! Und der Ernteausschlag wird hernach immer gewissermaßen die Jenseit sein. Aber eine, von der auch der Magen etwas hat, die also weder von Papier noch von Pappe ist.

Das Altonaer Werk verdient überall weitestgehende Beachtung. Wenn die Scholle uns ihren vollen Segen spenden soll, muß die Jugend durch die Schreberschule gehen.

Theater der Königgräber Straße: Kabale und Liebe.

Die Wiedererweckung, die das Theater in der Königgräber Straße dem Schillerschen Jugendbürgerdrama zuteil werden ließ, war auf einen modernen Ton gestimmt. Man suchte die Neuerung oft sehr glücklich und vermied all die Ueberreibungen, die allzu heftig ins Pathetische hineinzuernern. Der Sturm Alfred Adels war nicht mehr der wilde, rothaarige Sauft. Adel wollte ein Hofmann sein, kein gemeiner Lump und Lakai. Er legte so etwas wie eine Burmtat an, indem er seine Beweinung aus enttäuschter Liebe sehr glaubhaft machte. Und Fräulein Orska als Lady Milford. Sie war ganz anders als all die früheren Ladies, die immer geglaubt hatten, daß diese Königsgehebe vom Temperament der Rhiemnästra etwas geerbt haben müßte. Fräulein Orska spielte eher als eine Lola Montez mit einem Schuß Weichheit. Sie war sehr edel und wenig verdorben, was schon im äußeren höchst zierlich, mit romantischem Vordengelächel und nicht auf Neues Veritium ausstaffiert. Und sie dankte in einem sehr lieblichen Boudoir, zwischen fröhlichen Wödeln. Einmalig müßte es eine Art Don sein. Neben diesen auffallenden Leistungen verlagte der Herold Johannas Riemann, der in diese neue Art der Verweirung allzu heftige Liebesabenteuer hineinbrachte. Ludw. Hartau, ein deider und gerader Ruslan und Vater. Frau Frieda Richards eine sehr treffliche Komödiantin, Fräulein Ellen Herz eine Laie, der die Härlichkeit eher zuzufügen als das Tragische. Reinhold Schürzel mederte den Hofmarschall in allen Registern einer alten Schule

und Ernst Dernburg meinte, daß er ein Stück der Wurzelschen Gemeinheit auf den Präsidenten übertragen müßte.

Ray Hoehdorf.

Notizen.

— Theater. Im Deutschen Theater geht am Sonnabend Goethes „Clavigo“ neuinszeniert in Szene. Clavigo wird dargestellt von Moiss, Carlos von Paul Wegener, Marie von Helene Thimig, Deumarchais von Bruno Decarli. — Centa Bré wurde dem Lessing-Theater verpflichtet. Sie wird zuerst in Wolf Landners „Christa die Taube“ aufzuehen.

— Von Leonid Andrejew, dem eben verstorbene russischen Dichter, sind bereits im Vorjahre von der Direktion Reinhard und Bernauer zwei Werke angenommen worden: „Jelaterina Ivanowna“ und „Anissa“.

— Spielplanänderung. Im Deutschen Opernhaus wird am Donnerstag „Carmen“ mit Frau Goldschmidt in der Titelrolle gegeben. — Im Deutschen Künstler-Theater geht am Sonnabend und Sonntag Lothar Schmidts „Schloß am Wannensee“ mit Ray Adalbert in der Hauptrolle in Szene. — Das kleine Schauspielhaus verschiebt seine für heute angelegte Eröffnungsvorstellung technischer Schwierigkeiten wegen.

— Volksbühnenkonzert. Am 2. Konzert, das am 21. September, mittags 11½ Uhr, im Theater am Wilhelmsplatz stattfindet, singt Frau Kemp Sieder von Schubert und Schillings; der A-cappella-Chor bringt Chöre unter Leitung von Prof. Georg Schumann; außerdem wird das Tränenkuglein von Prof. Schumann aufgeführt.

— Die Humboldt-Hochschule gibt soeben ihr neues Vorlesungsverzeichnis heraus. Es nennt etwa 350 Vorlesungen. Eine Beratungsstelle, die den Hörern bei der Wahl der Vorlesungen helfen soll, ist geplant. Verzeichnisse und Hörerkarten im Hauptbureau, G. 3, Neue Friedrichstr. 53/56, II. (10—12, 1—3 Uhr.)

— Ein neu entdecktes Goethebildnis, eine Silhouette aus des Dichters blühendem Mannesalter der ersten Weimarer Zeit, wird von Prof. Hinneberg-Berlin in der Gartenlaube veröffentlicht.

— Der Holzschuher Jakob Stadl, der die Oberammergauer Holzschuher-Schule leitete, ist 54 Jahre alt, gestorben. Die Figuren des Münchener Nationaltheaters haben seinen vollstimmigen Humor in mancher deutschen Großstadt wirken lassen.

— Ein Sächsischer Verband für Volkserziehung, der sich aus Hochschulen, Volkshochschulen, Wabungsvereinen und sonstigen Organisationen von Wabungsgebern und Wabungsnehmern zusammensetzt, wird am 26. September in der Hochschule für Frauen zu Leipzig ins Leben gerufen werden. Er soll ein planvolles Arbeiten ermöglichen. In die Gründung schloß sich eine Volkserziehung an, die vom 27. September bis 2. Oktober die großen Fragen ihres Gebiets erörtern wird.

Das Betriebsrätegesetz.

Die Versammlungen der S. P. D.

Zu einem großen Erfolg der ruhigen und sachlichen Arbeit unserer Partei für den aufbauenden Sozialismus gestalteten sich die letzten abend in Groß-Berlin anberaumten Versammlungen. Sie alle endeten mit der Annahme folgender

Entschließung.

Das Fundament der alten Zwangsbau des Militarstaates ist gesprengt. Keine Macht wird mehr instand sein, sich gegen den Willen des Volkes zu behaupten. Die politischen Freiheiten sind errungen, nun gilt es, auch die wirtschaftlichen Freiheiten gesetzlich festzusetzen.

Wohl wissen wir, daß der Gedanke der Sozialisierung infolge des wirtschaftlichen Niederganges auf großen Widerstand stoßen muß. Trotzdem ist es aber notwendig, alsbald das Arbeitsverhältnis sozial zu gestalten, weil die Sozialisierung die Aufhebung der Unfreiheiten des Arbeitsverhältnisses voraussetzt. Gleichheit der politischen und wirtschaftlichen Rechte aller Volksgenossen. Wir erblicken in dem Betriebsrätegesetz den ersten Schritt zur Befreiung der Arbeiterschaft von der dienstherrlichen Unterwürfigkeit des Kapitals. Die Betriebsräte bilden den ersten Schritt, um das Wirtschaftsleben zu demokratisieren.

In der Schöpfung der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates, wie sie die Verfassung vorsieht, erblicken wir die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Sozialisierung. Durch die gesetzlichen Vertretungen der Arbeiterschaft nach dem Betriebsrätegesetz wird mit dem bisherigen einseitigen wirtschaftlichen Klassenrecht der Unternehmer aufgegeben. Wohl entsprechen einzelne Paragraphen des Gesetzes nicht unseren Wünschen, und es muß Aufgabe unserer Vertreter in der Nationalversammlung sein, hier noch Verbesserungen herbeizuführen. Trotzdem erkennen wir aber an, daß der Weg zum sozialistischen Wirtschaftsleben offen steht. An den Willen des arbeitenden Volkes liegt es, an diesem organischen Aufbau mitzuwirken. Denn dies ist der Schlüssel, der den Hand- und Kopfarbeitern den Weg ebnet zur wirtschaftlichen Befreiung.

Im einzelnen gehen uns folgende Berichte zu:

Die Versammlung im Friedrichs-Platzgymnasium in der Mittenwalder Straße war sehr gut besucht. Der Referent Genosse G. H. Heller begann mit einem Rückblick auf die Geschichte des Rätegedankens. Er schilderte den Mißerfolg des Räteystems in Rußland, wo es nur ein Mittel zur Aufrechterhaltung einer Diktatur war. Da dürfe man wohl die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßiger ist, an dem Vorhandenen weiterzubauen, statt erst die ganze Wirtschaft des Volkes zu Grunde zu richten. Auf dem zweiten Rätekongreß habe sich gezeigt, daß wir, die Reichssozialisten, auf dem Boden des Erfurter Programms stehen, das die Abschaffung jeder Klassenherrschaft fordert. (Sehr richtig!) Das Betriebsrätegesetz, über das die Nationalversammlung zu entscheiden haben wird, werde uns

die Betriebsdemokratie

bringen. Dem Arbeitgeber wird die Möglichkeit genommen, einseitig und eigenmächtig über die Arbeitsverhältnisse zu entscheiden. Die Betriebsräte haben mitzureden bei Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitsordnung, der Löhne, des Urlaubs usw. Sie dürfen und sollen von dem Arbeitgeber verlangen, daß er über alle die Arbeitsverhältnisse beruhenden Betriebsvorgänge jeden Aufschlags gibt. In Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern muß jährlich auch die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt werden. Die Aufgaben der Betriebsräte sind so mannigfaltig, daß in den Betrieben erst die drückende Arbeit herangebracht werden muß. In dieser Schulung bedürfen wir der Gewerkschaften, deren bisherige Macht die Unabhängigen und Kommunisten brechen möchten. Eine wichtige Aufgabe fällt dem Bezirkswirtschaftsrat damit zu, daß er auf die Vergesellschaftung der ihm dazu reif scheinenden Betriebe hinwirken und sie beim Reichswirtschaftsrat beantragen soll. Wir sind nicht mit allen Einzelheiten des Entwurfes zufrieden, aber der Erfolg des Gesetzes wird nicht von dem Wortlaut abhängen, sondern von dem Inhalt, den die Hand- und Kopfarbeiter ihm geben werden. Darum kommt alles auf die Zusammensetzung der Betriebsräte an. Aber die Wahlen der Betriebsräte dürfen nicht zum Lummelplatz der Kämpfe zwischen den sozialistischen Richtungen gemacht werden. Die intelligentesten Kollegen müssen in die Betriebsräte gewählt werden, um praktische Arbeit zu leisten und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die reaktionären Kreise laufen Sturm gegen das Gesetz, weil sie wissen, daß es den

Anfang vom Ende des Kapitalismus

bedeutet. Ihre Hoffnungen setzen sie auf die Zerstückelung der Arbeiterklasse. Unabhängige und Kommunisten benutzen den Kostendruck, eine Stöckelziege zustande zu bringen. Aus ihrem Hergelessel wollen sie eine neue Gesellschaft hervorbringen, sie werden aber mit den fortwährenden Streiks nur den völligen Zusammenbruch herbeiführen. (Zustimmung.) Man rechne auf die Weltrevolution, aber die werden wir alle nicht erleben. (Lebhafte Zustimmung.) Würde auch nur durch den Sturz unserer jetzigen Regierung dem Sozialismus irgend ein Dienst geleistet? (Zurufe: Im Gegenteil!) Die Entente würde einmarschieren und mit allen Rechten der Arbeiterklasse aufräumen. (Zustimmung.) Die lauteften Schreier sind gar nicht durch die Schule des Sozialismus gegangen, sondern durch die der Geiten. Den Boden der Demokratie dürfen wir als Sozialisten niemals aufgeben, wollen die Unabhängigen diesen Boden betreten, so sind wir jederzeit bereit, ihnen die Hand zu reichen. Es gilt ja, alle Kräfte der Arbeiterklasse zusammenzufassen, um auf der Grundlage der Demokratie den Sozialismus praktisch durchzuführen. (Lebhafte Beifall.) — In der

Diskussion wurden noch manche Anregungen zur Ausgestaltung des Gesetzes gegeben. Gefordert wurde, daß die Arbeitgeber keine Möglichkeit erhalten, die Tätigkeit der ihnen unbenutzten Arbeiterräte zu erschweren. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die sozialdemokratische Partei.

Gewerkschaftshaus, Heberfüll. Referent Dittmer. Einige unabhängige Zwischenrufe, aber keine Diskussion.

Kellers Heffale. Sehr starker Beifall, auch durch Unabhängige. Referent Dr. Caspari. Keine Diskussion.

Kliems Heffale. 3000 Teilnehmer, Kopf an Kopf. Der Referent Ewald lehnt unter stürmischem Beifall das politische Räteystem unter Hinweis auf Rußland und Ungarn ab. Als ihn dann eine Anzahl Linkradikaler zu fören versuchen, weist er darauf hin, daß er 48 Jahre in der Arbeiterbewegung steht und für sie auch manches Jahr im Gefängnis verbracht hat. Stürmischer, lang anhaltender Beifall zeigt, daß die Versammlung nicht gewillt ist, sich von Wenigen terrorisieren zu lassen. Einige kommunistische Diskussionsredner fanden keinen Anhang. S. P. D.-Redner führen aus, daß noch vieles zu tun sei. Im Schlußwort stellt Genosse Ewald fest, daß die linkradikale Vereinnahmungspolitik niemals zum Sozialismus führen, sondern nur das Volk in noch größerem Elend hineintreiben kann. Die Entschließung wird unter Streichung des ersten Satzes gegen wenige Stimmen angenommen.

Königsplatz, Arcum-Greifswalderstraße. Genosse Weide referierte vor zahlreicher Zuhörerschaft. Mehrere Unabhängige und Kommunisten versuchten durch von keiner Sachkenntnis getriebene Zwischenrufe die Versammlung zu sprengen. Sie wurden aber von dem Referenten in treffender Weise zurückgewiesen, so daß ihnen das Zwischenrufen bald verging. In der regen Diskussion versuchten einige Unabhängige, den Referenten zu widerlegen, wurden aber von unseren Diskussionsrednern und dem Referenten eines Besseren belehrt. Ein kommunistischer Diskussionsredner, der durch sein Verhalten die Versammlung zu sprengen versuchte, wurde von den Versammelten demonstrativ zurückgewiesen. Eine zum Schluß erzielene Sprechstunde, die sich durch verwegenes Aussehen als „Sozialisterei“ im verwegenen Sinne des Wortes präsentierte, mußte unbetreteter Sache wieder abgesehen. Nach anfeuernden Worten des Versammlungsleiters wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Musterfale. Vor dicht gefülltem Saal sprach Genosse Rüttner. Er zeigte, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, wie die Sozialdemokratie im Gegensatz zu dem Phrasendruck der U. S. P. und S. P. D. hier praktische Arbeit im Sinne des Sozialismus leistet. In der Diskussion sprachen neun Redner, darunter einige Anhänger der linkradikalen Partei, ihre selbstverwundenden Theorien fanden im Gegensatz zu den sachlichen Ausführungen der übrigen Redner keinen Anhang. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Prachtale des Ostens. Der Saal war vollständig von etwa 1000 Personen gefüllt. Referent August Pattiok. Rege Diskussion fand statt, Gegner waren nicht anwesend.

Islands Heffale, Effasser Straße. Sehr gut besucht. Referent Cabelk. Diskussion war lebhaft und sehr sachlich. Keine Störungen. Folgende Zusatzresolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Artikel im Abend-Vorwärts vom 17. September „Wie lange soll der Staldbau dauern?“. Sie spricht den republikanisch gesinnten Offizieren den Dank aus, daß sie die herrschenden ständischen Zustände im Militarismus öffentlich brandmarken und gelobt die Versammlung, im gegebenen Augenblick die Bestrebungen des republikanischen Führerbundes mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Schulaula Labstraße 16 war überfüllt. Referent Genosse Coblenzer. Keine Diskussion.

Schulaula, Grünthaler Straße 5. Circa 400 Personen. Referent Hejnig. Der Unabhängige Eichler widersprach ihm. Nachdem noch einige Genossen gesprochen hatten, rechnete Hejnig ganz gehörig mit dem U. S. P.-Rann ab. Resolution gegen zwei Stimmen angenommen.

Währungsale, Müllerstraße. 900 Personen. Referent Siering. Die Opposition, welche versuchte, die Versammlung mehrere Male zu stören, wurde hernach aber vernünftig und schied drei Diskussionsredner vor, die sich in allgemeinen Ausführungen ergingen, aber nicht zum Betriebsrätegesetz sprachen. Im Schlußwort widerlegte Siering ihre Ausführungen.

Wobau. Aula Pochumer Straße. 400 Personen. Nach dem Genossen Hechold sprach ein Unabhängiger. Jedoch wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Schöneberg (Hohenzollernstraße). Genosse Hollenbach sprach vor 1200 bis 1500 Zuhörern, die Diskussionsreden der U. S. P. und S. P. D. über sich ergehen lassen mußten.

Wilmersdorf. Unter Besuch. Referent Wäglich. Nach kurzer Diskussion stellte sich die Versammlung einmütig auf den Boden des Betriebsrätegesetzes.

In Steglitz sprach im Gymnasium Bueferstraße Genosse Joachim. Unabhängige und Kommunisten beantragten Ablehnung des Betriebsrätegesetzes; erreichten aber nur das Gegenteil. **Tempelhof.** 700 Personen. Reife referierte. Lebhaftige Diskussion mit der unabhängigen Minderheit, gegen die die Entschließung angenommen wurde.

Mariendorf. Heberfüll. Thomas referierte. Die anwesenden Unabhängigen und Kommunisten meldeten sich mit Ausnahme eines Redners nicht zum Wort. Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Pankow. Unter Besuch. Referent Genosse Grundmann. **Reinickendorf-Ost.** Schützenhaus, circa 800 Personen. Ritter referierte. Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen. Keine Störungen.

habe monarchistische Putschgedanken.“ Er wurde von seinem Vorgesetzten dahin zurechtgewiesen, daß ein ehrlicher Mensch mit solchen Absichten unmöglich in der Reichswehr Dienst tun könne, und daß sein Gebaren „kindisch“ sei.

Durch dauernde auf die Kerwen fallende Drohrufe auf den Kaiser, zog er sich einen derben Verweis und deutliche Zurechtweisung eines von ihm am 15. 9. im „N. F. B.“ der monarchistischen Reaktion beschuldigten Hauptmanns zu. Er betrieb Propaganda für ein Judenprogramm, indem er sämtliche Offiziere, deren er habhaft werden konnte, aufforderte, an einem Judenprogramm teilzunehmen. Es sollte gelegentlich des Purimfestes eine Berliner Synagoge durch Unterminierung in die Luft gesprengt werden.

Zu einer im August stattgehabten Versammlung des „N. F. B.“ forderte Bieweg sämtliche Offiziere auf, zu dieser Versammlung zu erscheinen, um den Bund demnächst wegen seiner politischen Stellung brandmarken zu können. Es gingen auch eine Anzahl Offiziere zu der Versammlung hin, nicht um den Bund zu brandmarken, sondern um die Ziele des Bundes kennen zu lernen. Von dem Vorsitzenden wurde ihnen der Einlaß zu der Versammlung verweigert, da ihm Meldung zugegangen sei, daß eine Anzahl Offiziere den Versuch machen würden, die Versammlung mit Gewalt zu sprengen. Diese Meldung kann wohl nur von Leutnant Bieweg entspringen sein.

In der Zeit der Friedensverhandlungen herrschte bei vielen Offizieren lebhafteste Erregung wegen der Frage der Auslieferung der Führer. Als im Kasino über den Minister Erzberger gesprochen wurde, der damals in der rechtsstehenden Presse heftig attackiert wurde, erklärte Bieweg sofort, er werde den Minister tölschießen. Er erklärte: „Ich gebe sogar mein Ehrenwort, diesen Mann...“ Hier wurde er von einem der geschmähten und verdächtigten Vorgesetzten aufs energischste unterbrochen mit den Worten: „Doch, jetzt wird die Sache ernst, halten Sie das Maul, man sagt oft etwas in der Rage, was man nachher in Vernunft nicht ausführen kann, machen Sie das Wort sofort rückgängig, sonst müssen Sie es tatsächlich ausführen, oder Sie werden ein Lump.“

Später ist Bieweg von einigen seiner Kameraden wegen seiner Prahlerei gehänselt worden.

In unserer Mitteilung war sofort gesagt worden, daß Leutnant Bieweg vor seinen Kameraden seine Gesinnung verheimlicht habe. Es hieß dort wörtlich:

Er hat dies jedoch im Interesse der Regierung getan, denn er hätte bei seinem Eintritt in die Wehr den Eindruck, mitten in eine Verwirrung hineingeworfen. Er hat sich nicht zu erkennen gegeben, um dieser Verwirrung auf den Grund zu kommen und ist erst herabgetreten, als er einwandfreies Material beisammen hatte.

Die Darstellung der „N. F. B.“ verschiebt dieses Bild wesentlich. Bevor wir darüber urteilen können, müssen wir den Beschuldigten selber hören. Das ist in dieser späten Abendstunde nicht möglich.

Wir werden auf den Fall daher zurückkommen.

Renegatentum.

Die „Freiheit“ versucht ihre unreinliche Redewendung, Koskes Demission müsse „aus Reinlichkeitsgründen“ gefordert werden, zu rechtfertigen, indem sie gnädig zugibt, Koske sei nicht korrupt. Aber, meint sie, Koske sei ein Renegat, und deshalb sei seine Entfernung aus dem öffentlichen Leben zu fordern.

Ein Renegat ist ein Mann, der sich von seiner früheren Ueberzeugung abgewendet hat, also eine im öffentlichen Leben sehr häufige Erscheinung. Es wäre ein Leichtes, auch gegen die Unabhängigen den Vorwurf des Renegatentums zu erheben, weil sie sich von der Demokratie abgewendet haben und mit dem Gedanken der Winderbeitsdiktatur spielen. Koske ist hingegen seinen demokratischen und sozialistischen Ueberzeugungen treu geblieben; sein Fehler besteht nur darin, daß er nur die Gefahren von links sieht, während sein Blick — auch nach unserer Auffassung — für die Gefahren von rechts augenblicklich getrübt ist. Er ist von der Frage beherricht, daß eine Erschütterung der Reichswehr von abenteurerlustigen Elementen sofort zu einem gewaltsamen Vorstoß benützt werden könnte, und er hat den dringenden Wunsch, das deutsche Volk vor ähnlichen Schweinereien, wie sie in München und andernwärts passiert sind, zu bewahren.

Darin sind wir mit ihm ganz einig, und darin vermögen wir keine Spur von Renegatentum zu erblicken. Das sie ihm zum Vorwurf machen, ist, daß er die Durchsiegung des Offizierskorps mit ultrareaktionären Elementen für eine verhältnismäßig harmlose Erscheinung hält, mit der man später bequem fertig werden wird. Darin täuscht er sich nach unserer Auffassung, und darum verlangen wir, daß gegen jene reaktionären Elemente durchgegriffen wird.

Die Unabhängigen haben es in der Hand, uns diesen Kampf zu erleichtern. Denn die einzige Stütze der reaktionären Offiziere ist das Fortbestehen der Sorge vor neuen gewaltsamen Angriffen der Kommunisten und der ihnen nachstehenden Unabhängigen auf die demokratische Staatsordnung. Verdrängt diese Sorge, und die Reaktion verfliegt wie Spreu im Wind!

Arbeitsaufnahme in Waldenburg.

Laut Meldung der Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westposen weilt Reichskommissar Hörning in Waldenburg, um dort durch Verhandlungen mit den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft den Ausbruch des Generalstreiks zu verhindern. Als Ergebnis der Verhandlungen konnte mitgeteilt werden, daß die Arbeiterschaft beruhigt ist und morgen die Arbeit wieder in vollem Umfange aufnehmen will. Die Arbeiterschaft hat gleichzeitig ihren Widerstand gegen den Eintritt in die aus allen Parteien gebildete Einwohnerwehr aufgegeben. Die Truppen werden sobald als möglich aus Waldenburg zurückgezogen werden. Zur Beruhigung der Arbeiterschaft hat wesentlich die Erklärung des Reichskommissars, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Lebensmittelmangel in Schlesien bekämpfen zu wollen, beigetragen.

Die Bergarbeiterschaft des Saarreviers für das Deutschum.

In Saarbrücken fand am Sonntag eine Massen-Bergarbeiterversammlung statt, die sich zu einer riesigen, einbrudsvollen Kundgebung für das Deutschum gestaltete. Über 30 000 Bergleute versammelten im Anschluß an die Versammlungen einen U. S. P. mit Musik durch die Straßen der Stadt und sangen dabei unheimliche Lieder. Französischerseits wagte man nicht, der patriotischen Kundgebung durch Einschreiten ein Ende zu machen.

Beendigung des lothringischen Eisenbahnerstreiks.

Der Streik der Eisenbahner in Lothringen ist durch ein Abkommen auf folgender Basis beigelegt worden:

1. Der Depotchef Rogre tritt von seinem Amte zurück. 2. Das lothringische Eisenbahngesetz ist in Uebereinstimmung mit dem Dekret des Generalkommissars vom 19. Juni 1919 und entsprechend der Erklärung des Direktors Robert Staatseisenbahngesetz. 3. Festsetzung einer Arbeitsbasis in einer paritätischen Kommission, deren Entscheidungen unmittelbar nach Unterzeichnung in Kraft treten. 4. Hinsichtlich der in den Streik getretenen Eisenbahner werden von der französischen Behörde folgende Zugeständnisse gemacht: Die Verhafteten werden unverzüglich in Freiheit gesetzt. Es wird mit keinerlei Strafmaßnahme gegen sie eingeschritten werden. 6. Streiktage werden vergütet.

Cailloux auf der Anklagebank. Das Rentiersche Bureau meldet aus Paris, daß Cailloux unter der Verduldigung eines Anklages gegen die äußere Sicherheit des Staates und des Einvernehmens mit den Feinden von einem Ausnahmegerichtshof abgeurteilt werden wird.

Beibehaltung der Postüberwachung.

Im Zusammenhang mit der seinerzeitigen Absicht, einen Umtausch des deutschen Papiergeldes aus steuerlichen Gründen vorzunehmen, hatte der Reichsminister der Finanzen angekündigt, daß er die Post- und Telegraphen-Überwachung im Verkehr mit dem Auslande zum 1. Oktober dieses Jahres aufheben würde. Da nun der Umtauschplan infolge der von den vornehmenden Sachverständigen geltend gemachten Bedenken aufgegeben worden ist, kann auch die Post- und Telegraphenüberwachung nicht beseitigt werden; sie bleibt vielmehr bis auf weiteres als Schutzmittel gegen die Kapital- und Steuerflucht in vollem Umfange bestehen.

„Schieber überall.“ Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir in der Vorigen Nummer des 8. September eine Aufschrift des Genossen Davidsohn, die sich u. a. auch mit der Auflösung der Abteilung „Fremde Presse“ beschäftigte. Mit der Spitzmarke war natürlich nicht die „Fremde Presse“ gemeint. Obwohl dies als selbstverständlich aus dem Kontext hervorging, legt die Geschäftsleitung Wert darauf, diese Tatsache noch ausdrücklich festzustellen. Was hiermit geschieht.

Gewerkschaftsbewegung

Das Urteil der Vertrauensleute.

Die Bezirksleitung Oberschlesien des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hatte am Sonntag die Vertrauensmänner und Obmänner zu einer Konferenz einladen, die von 412 Personen besucht war. Nach einem Referat des Bezirksleiters Franz, der die Haltung der Organisation zum Streik und den damit im Zusammenhang stehenden Vorkommnissen darlegte, und nachdem eine ausgiebige Aussprache stattgefunden hatte, wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 14. September im Hotel „Zur Königshütte“ in Königshütte versammelten Vertrauensleute, Unterkassierer und Obleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sind sich in der Auffassung einig, daß in der gegenwärtigen Situation ein Streik das allerungeeignete Mittel ist, die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zu bessern. Die Versammelten behaupten, daß sich die Mehrheit der Obleute beim letzten Streik auf das politische Gebiet begeben und neben berechtigten wirtschaftlichen Forderungen meist politische Forderungen aufgestellt haben. Politische Forderungen zu erkämpfen ist nicht Sache der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern der politischen Parteien. Dieser allgemein anerkannte Grundsatz und die bereits erwähnte Tatsache, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation ein Streik die Lage der Bergarbeiter nur verschlechtern kann, machten es der Organisation unmöglich, den Streik zu unterstützen. Die Versammelten erkennen an, daß die Forderungen, soweit sie wirtschaftlicher Natur waren, von der Bezirksleitung des Verbandes auf das Tatkraftigste unterstützt worden sind. Die Revisionskonferenz spricht deshalb der Bezirksleitung ihr vollstes Vertrauen aus und ersucht sie, nach wie vor ihre Tätigkeit im Interesse der Bergarbeiter fortzusetzen. Von den Obleuten erwarten die Versammelten, daß sie in Zukunft alle Forderungen der Bergarbeiter den Organisationen übermitteln und zur Erreichung derselben nur gemeinsam mit den Organisationen handeln werden. Insbesondere wird erwartet, daß durch das Wirken der Organisationen und der Obleute die 7-Stunden-Schicht zur Einführung gelangt.“

Die Versuche, die Bergarbeiter zu nationalpolnischen und linksradikalen Umtrieben zu mißbrauchen, lehnt die Konferenz auf das Entschiedenste ab. Dadurch ist nur Rot und Glend über die Bergarbeiter hereingebracht und die politische und wirtschaftliche Freiheit derselben gefährdet worden. Nicht nationalpolnischer Hoch und nationaler Bruderlampf, sondern internationale Solidarität und nationale Einigkeit führt die Arbeiterklasse aufwärts.“

In einem zweiten Referat befahte sich der Bezirksleiter Ritzmann mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Polen. An der Hand der polnischen Arbeiterpresse jenseits der Grenze legte er die tieftraurigen Verhältnisse dar, unter denen die polnischen Bergarbeiter arbeiten und leben müssen. Das Referat, das von der Konferenz mit großem Beifall aufgenommen wurde, klang aus in die Aufforderung, alles zu tun, damit Oberschlesien bei Deutschland verbleibt, weil dies im dringendsten Interesse der Bergarbeiter liegt.

3. Verbandstag der Sattler und Portefeuller.

Kürnberg, den 15. September.

Im hiesigen Lehrheim ist heute der 3. Verbandstag der Sattler und Portefeuller zusammengetreten. In seiner Eröffnungsrede gedankt Verbandsvorsitzender Blum Berlin der Opfer des Weltkrieges und drückt die Hoffnung aus, daß die Kulturarbeit der Gewerkschaften die Wiederholung des organisierten Massenmordes verhindern werde. Nachdem Schramm namens der Kürnberg-Bezirksstelle den Verbandstag begrüßt hat, gibt Honenberg-Wien der Hoffnung Ausdruck, daß noch vor dem nächsten Verbandstag die österreichischen Kollegen den Anschluß an die deutsche Einheitsorganisation vollziehen können. Jönsson-Kopenhagen übermittelt die Grüße der skandinavischen Bruderorganisation. Als Vertreter des Gewerkschaftsbundes ist Sassebach anwesend, als Vertreter des Tapeziererverbandes, mit dem Verschmelzungsverhandlungen schweben, Spliedt. Vom tschechoslowakischen Sattlerverband ist ein Begrüßungsschreiben eingegangen.

Als Verhandlungsleiter werden einstimmig gewählt Blum und Gottschalk-Berlin, als Schriftführer Anlermann-Offenbach, Hoffmann-Berlin, Muselmann-Berlin und Bernhardt-Mühlheim.

Bei der Feststellung der Tagesordnung entspinnt sich eine lange Debatte über einen Berliner Antrag, der das Rätesystem als besonderen Punkt mit Richard Müller vom Berliner Vollparat als Referenten aufgenommen wissen will. Der Antrag wird schließlich

mit 22 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Mit 21 gegen 21 Stimmen fällt der zweite Berliner Antrag, der die Vorstandswahlen an den Schluß der Tagesordnung setzen will.

Ein Protest der Berliner Delegierten gegen das Mandat des

frühesten Berliner Bevollmächtigten Schulze wird nach langer Debatte zurückgewiesen und gemäß dem Antrag der Mandatsprüfungskommission werden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Verbandsvorsitzender Blum, der seit beinahe dreißig Jahren in der Verbandsleitung sitzt, schloß in der Nachmittags-Sitzung in seinem

Rechenschaftsbericht

die Entwicklung des Verbandes in der Kriegszeit. Er geht dabei auf die bekannten Angriffe ein, die gegen die sogenannte „Kriegspolitik“ der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände gerichtet werden. Diese Kritik sei beeinflusst durch das Glend eines verlorenen Krieges und deshalb ungerichtet. Die vielen neuen Gewerkschaftsmitglieder, die jetzt die Zahl der organisierten Arbeiter auf 6 Millionen gesteigert haben, bedürften noch sehr der Schulung und die Führer dürften nicht der Meistensimmung ohne weiteres Rechnung tragen, sondern müßten sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Die sogenannte „Kriegspolitik“ der Gewerkschaftsführer sei immer von dem Bestreben geleitet gewesen, den Interessen der Arbeiterklasse und der Gesamtheit zu dienen. Der Vorstand habe ein gutes Gewissen und keinen Anlaß, pater peccavi zu sagen. (Beifall.) Der Zentralkassierer erläutert dann die von uns schon mitgeteilten Zahlen des Kassenerichts in dem Sinne, daß die Finanzlage des Verbandes nicht so rosig sei, wie sie scheinen könnte.

Nachdem Wolf nach den Bericht des Ausschusses erhalten hat, wird die erste Sitzung geschlossen. Morgen beginnt die Aussprache über die Vorstandsberichte.

Neue Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Wie gemeldet wird, hat eine stark besuchte Konferenz von Vertrauensleuten der Bergarbeiter des Luga-Oelzener und Zwidauer Steinkohlenreviers neue Lohnforderungen beschlossen. Der jetzt geltende Tarif läuft Ende September ab. Es wird vom 1. Oktober ab gefordert ein Tageslohn von 10,50 M. bis 22,40 M., je nach Alter der Arbeiter. Ferner sollen bei Durchschnittsleistungen die Bedinge 30 Proz. der Tagelöhner und 50 Proz. für Grubenarbeiter betragen. Die Kinderzulagen sollen um 50 Proz. erhöht werden.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Arbeitgeber versuchen, unsere Kollegen in Versammlungen, die von ihnen einberufen werden, falsch zu informieren. Wir ersuchen unsere Kollegen, nur solche Versammlungen zu besuchen, in denen die Fünfzehner-Kommission bzw. die dem Metallkartell angeschlossenen Organisationen vertreten sind.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Die Fünfzehner-Kommission.

Die Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter.

In einer überfüllten Versammlung der Handelshilfsarbeiter der Kauf- und Warenhäuser in der Unionsbrauerei, Halensbeide, berichtete Werner über die Tarifverhandlungen. Es waren folgende Forderungen aufgestellt: Juarerlöhne von 14-16 Jahren 45 M., 16-18 Jahren 60 M., 18-20 Jahren 80 M., Arbeiter über 20 Jahre Anfangslohn 100 M., nach einem halben Jahre 120 M.; für weibliche Angestellte 10 Proz. weniger. Für Schwer- und gefährliche Arbeit wurden außerdem 25 Proz. Aufschlag verlangt. Die Arbeitgeber wollten es bei den alten Löhnen inklusive der Feuerzulage bewenden lassen. Gegenüber den unzulänglichen Vorschlägen der Arbeitgeber hat die Organisation folgenden Gegenvorschlag gemacht: Anfangslohn 95 M., nach einem halben Jahr 105 M., nach einem weiteren halben Jahr 115 M. Die Arbeitgeber möchten daraufhin folgendes letzte Angebot machen: Anfangslohn 80 M., nach einem halben Jahr 85 M., nach einem weiteren halben Jahr 95 M. Der Redner bezeichnete das Angebot als viel zu niedrig.

In der Diskussion wurde das niedrige Angebot der Arbeitgeber einmütig als unannehmbar bezeichnet.

Eine Resolution, die sich mit der Klassifizierung der Löhne einverstanden erklärt, das Angebot der Arbeitgeber als unannehmbar bezeichnet und die Lohnkommission beauftragt, nochmals zu verhandeln, gelangte zur Annahme. Der Lohnkommission wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Tariffbewegung der Angestellten in den Ministerien.

Im großen Saal der Philharmonie tagte gestern eine von den freigewerkschaftlichen Angestellten- und Handlungsgehilfenverbänden einberufene sehr stark besuchte Versammlung der Angestellten in den Reichs- und Staatsministerien. U. a. vom Zentralverband der Handlungsgehilfen legte in seinem einleitenden Vortrage dar, daß die Angestellten nicht in den auf dem Harmoniestandpunkt stehenden Vereinen, sondern nur in den freien Gewerkschaften eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen finden.

Ducicgal referierte über den Reichstatarifvertrag, der in den Ministerien Angestellten. Die Arbeitsgemeinschaft dieser Angestellten hat den Tarif mit den Behörden abgeschlossen. Der Tarifvertrag entspricht in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Angestellten, denn der Vertrag sieht Gehaltsätze vor, die sehr weit hinter den heutigen Verhältnissen zurückstehen. Der Grundgedanke, daß die weiblichen Angestellten bei gleicher Leistung auch die gleiche Bezahlung wie die männlichen zu beanspruchen haben, wird durch den Tarifvertrag nicht anerkannt. Wie weit die Gehälter hinter dem zurückstehen, was heute zum Lebensunterhalt notwendig ist, zeigt ein Beispiel: Das monatliche Anfangsgehalt eines Bureauvorstehers ist auf 350 M. festgesetzt. Bei weiblichen Angestellten geht das Monatslohn bis auf 125 M. hinunter. Zwar kommen zu den Gehältern noch die Feuerzulagen, wie sie die Beamten bekommen, aber diese Zulagen können nach dem Vertrage

jederzeit entzogen werden. Von freigewerkschaftlicher Seite ist eine Revision des Tarifvertrages in die Wege geleitet worden. Die auf eine gründliche Verbesserung des Tarifs gerichteten Verhandlungen schweben zurzeit im Reichsarbeitsministerium.

In der Diskussion gab es lebhaft Auseinandersetzungen mit einigen Vertretern der bürgerlichen Darmonieorganisationen, die aber gegenüber den Rednern der freien Gewerkschaften schlecht abzurufen und bei der überwiegenden Mehrheit der Versammlung keinen Anklang fanden. — Mit sehr großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, die der Arbeitsgemeinschaft das Vertrauen der Versammelten ausdrückt und unter Ablehnung der Vertretung durch die Darmonieverbände den Verband der Bureauangestellten beauftragt, mit den Reichsministerien in Verhandlungen betreffend Revision des Weimarer Gehaltsabkommens einzutreten.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Die Vertrauenspersonen der im Streit befindlichen Personale der Chromolithographischen Anstalten und photographischen Aufdruckbetriebe, sowie der Hauskolorierereien werden zu einer Sitzung am Sonnabend, den 20. September, nachmittags 1 Uhr, bei Wegner, Seehofstr. 80, eingeladen.

Die Koloristinnen in den Kolorieranstalten haben sich dem Streik angeschlossen und fordern ihre noch in Arbeit verbliebenen Kolleginnen auf, sich gleichfalls dem Streik anzuschließen, um so die noch sehr verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die Direktverwaltung und Streikleitung.

Die Tariffbewegung der Kriegsorganisationen.

Zu dem in der Sonntagausgabe des „Vorwärts“ vom 14. September veröffentlichten Bericht erhalten wir vom Arbeitsausschuß der Fachgruppe 3a eine längere Zuschrift, in der u. a. betont wird:

Um die Streitigkeiten zwischen Fachgruppe und Gewerkschaften zu klären, hatte der Arbeitsausschuß der Angestellten der Kriegsorganisationen eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Kriegsorganisationen beantragt. Die auf diesen Antrag einberufene Versammlung sollte nach dem Willen der Beamten des Zentralverbandes nicht über dieses Thema sprechen. Die Veröffentlichung der Versammlung wurde erst einen Tag vor der Versammlung vorgenommen. Die von einem Teil der Versammlung eingebrachten Anträge wurden nicht zur Abstimmung gebracht, während über einen von den Beamten des Zentralverbandes eingereichten Antrag eine Diskussion nicht gestattet wurde. — Da infolge des zu kurz anberaumten Termins eine große Anzahl der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten ihre Verbandsbücher nicht bei sich hatten, wurden dieselben nicht in den Saal gelassen, trotzdem sie sich durch Bekannte auswiefen. — Die Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten wurden gleichfalls nicht zugelassen, obwohl erst kürzlich die Vereinigung des Zentralverbandes und des Bureauangestelltenverbandes in der Öffentlichkeit mitgeteilt ist. Die nicht eingelassenen Angestellten hielten unter dem Vorsitz des Arbeitsausschusses im Hof gleichfalls eine Versammlung ab. Es wurde eine Resolution angenommen, die auf das schärfste das Verhalten der Beamten des Zentralverbandes verurteilt. — Wir haben den in dem fraglichen Bericht Angegriffenen hier ausnahmsweise das Wort erteilt, bemerkend, daß wir gleich, daß der Streik, in den die Fachgruppe 3a mit der Leitung des Zentralverbandes verwickelt ist, nicht in den Spalten des „Vorwärts“ ausgefochten werden kann. Das ist eine Sache, die in der Organisation selbst erledigt werden muß.

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und ihre Aufgaben der Zukunft. Ueber dieses Thema sprach vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft des 7. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes Kollege Robert Bohn. Der Redner entwarf ein interessantes Bild wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklung. Heute wie ebendort bürste der Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft freibleiben müssen von politischen Streitigkeiten, Geltung haben. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften sei heute notwendiger als je, um so mehr, als neben den alten, neue Aufgaben der Lösung harren. Zunächst gelte es, das Problem der Betriebsräte zu lösen. Mit dem Gesegenswurf der Regierung könne er, Redner, nicht einverstanden sein. Wir wollen danach streben, aus der Republik einen Sonnenstaat zu schaffen, wo niemand im Schatten zu leben braucht. Jede Diktatur, ganz gleich, von welcher Seite sie komme, sei zu bekämpfen. Die sprunghafte Entwicklung der Gewerkschaften lege den Führern der Organisation die Pflicht auf, die neuen Mitglieder zu treuen Anhängern zu erziehen, sie hätten aber auch die Verpflichtung, jedem Terror gegen politisch andersdenkende Mitglieder entgegenzutreten, um dadurch den Weg zur Einigung der Arbeiterklasse zu ebnen. Trotz mehrfacher Aufforderung wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Der Beifall, welcher dem Vortrage folgte, bewies, wie sehr der Referent sich seiner Aufgabe im Sinne der Zuhörer entledigt hatte.

Verband der Zimmerer. Mitgliederversammlung Donnerstag, abends 7 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15. Tagesordnung: Das Nächste. Referenten: Kalkbrenn (H. S. P. D.) und Böhler (S. P. D.).

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Angestellte der Gicurallischen und verwandten Branchen. Donnerstag, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung in den Sophienböden, Sophienstr. 19 (Gichowkaal). Bericht über die Tarifverhandlungen und Stellungnahme dazu.

Terminbeamte (Rechercheure) der Metallindustrie. Heute abend 7 Uhr im Lokal von Gensy, Kurzstr. 17: Zusammenkunft. „Unser Tarif.“ Jeder Betrieb muß durch einen Kollegen vertreten sein.

Benannt für den Redaktion. Leit: Alfred Scholz, Reichstr. 11 für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin-Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Seiten 2 Beilagen.

Augen = Schmerzen

Müdigkeit, Kopfweh, Nervosität.

Leiden Sie daran? Wenn Sie schon vieles dagegen vergeblich versucht, aber mit großen Ausgaben nur kleine oder vorübergehende Erfolge erkaufen haben, so lesen Sie noch heute die Schrift: „Ratschläge eines Hausmannes“. Wie leicht werden auch Sie, wie das so häufig ist, mit Erstaunen erkennen, daß Ihr Leiden von Ihren Augen ausgeht. Sind's die Augen, so können Sie versichert sein, daß wir Ihnen leicht und sicher helfen können. Ihre Beschwerden werden beseitigt durch genaue Ausgleichung der Fehler Ihrer Augen. Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für rechten Sitz und für Haltbarkeit aller

Fassungen von 3,50 M. an. Dafür erhalten Sie z. B. schon einen guten Double-Ameiser (ohne Gläser) bei uns u. dazu noch zwei Jahre Garantie, d. h.: „solange alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wurde. Weder Karger noch Kosten sollen Ihnen das Tragen unserer Gläser verleben. Das ist die ruhige Garantie. Sie garantiert Zufriedenheit! Nur für Reparaturen an Hornteilen, Schildpatt usw. oder für zerbrochene Gläser haben Sie noch zu zahlen. — Wenn Sie uns nicht schon heute oder morgen besuchen können, so schreiben Sie sofort eine Postkarte nach dem Rücklein, es ist umsonst!



Optiker Ruhnke

21 Geschäfte:

C. Spitzelmarkt, 43, Marktstraße, neben Wäldinger

Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke!

W. Zelziger Str. 113, Ecke Blauerstraße

N. Chau/straße 72, Invalidenstr. 164, Ecke Pruntenstr.

Schöneberg: Hauptstr. 21, a. Kaiser-Wilhelmpl.

Charlottenburg: Tauentzienstraße 15, Ecke Warburger Straße

Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unsere Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Verlaufsliste.

S. Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Sandoz

SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz

Freibrichstr. 193a, Ecke Zelziger Straße

SW. Belle-Alliance-Straße 4, am Kaiserlichen Tor

Wilmersdorf: Berliner Str. 112/113, am Uhländchen

Spandau: Breite Str. 18

Berlin: Fraunf. Allee 14.

Deutsch-estnische Beziehungen.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die infolge des ständigen Raummangels leider mehrere Tage zurückgestellt werden mußte:

In Ihrer Abendausgabe vom 8. d. M. (Nr. 459) besprechen Sie die Fragen des Ostens im Zusammenhang mit dem politischen Abend im „Dund Neues Vaterland“ am 5. d. M., wobei Sie insbesondere auf mein Referat Bezug nehmen. Zur Vermeidung irrtümlicher Auffassungen bitte ich mich zu gestatten, folgende Feststellungen zu machen:

1. Ich habe mich weder an dem betreffenden Abend noch sonstwie als den offiziellen Vertreter Estlands bezeichnet. Der Versammlungsleiter erteilte mir das Wort als dem Vertreter estnischer Interessen, nicht des estnischen Staates bzw. der estnischen Regierung.

Ich habe in keiner Weise die deutsche Regierung angegriffen. Meine Feststellungen gingen lediglich dahin — und hierfür habe ich allerdings den Beweis erbracht —, daß untergeordnete Stellen die Politik der deutschen Regierung durchkreuzt haben. Hierdurch ist bei den Vätern des Baltikums ein sehr großes Mißtrauen zur deutschen Politik entstanden. Die Herren Winiw, Graf v. d. Goltz und Abber, sowie deren stille Mitarbeiter habe ich allerdings angegriffen, aber diese sind doch nicht die deutsche Regierung. Daß die deutsche Regierung durch falsche Berichterstattung zu irrtümlichen Auffassungen kommen konnte, dafür habe ich volles Verständnis. Aus diesem Grunde kann es jedoch auch den deutschen Interessen nur dienlich sein, daß die Beziehungen der Vergangenheit und Gegenwart reiflich aufgeklärt werden.

2. Die mir von der rechtsstehenden deutschen Presse angebotene Deutschfeindschaft habe ich weder im „Dund Neues Vaterland“ noch sonstwo an den Tag gelegt. Wenn ich in meinem Schlusswort am Freitagabend die Anwesenden gebeten habe, dafür zu wirken, daß ein gutes demokratisches Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn durch die Tat bewirkt werde, so ist damit doch auch gesagt, daß ich dieses gute Verhältnis herbeiführen will. Und wenn ich den Satz prägen mußte, daß wir Esten es nicht dulden würden, daß deutsche Ansiedler ins Land kommen, so habe ich auch gleich die Begründung für diese Auffassung gegeben: Diese deutschen Ansiedler würden als Stütze der reaktionären, um ihre Vorrechte kämpfenden feudalen Klasse ausgenutzt werden. Ich habe aber auch gesagt, daß wir dagegen für deutsche Kultur, für deutsche Wissenschaft und für das deutsche Handwerk nur Achtung und Sympathien haben. Es fällt uns nicht ein, zu leugnen, daß wir mit der deutschen Kultur verwachsen sind trotz der Hemmnisse, die uns vom Adel auch in dieser Beziehung in den Weg gelegt werden. Was die Deutschen bei uns im Lande anbetrifft, so wünschen wir nichts weiter, als daß sich die bürgerlichen Elemente sozial differenzieren, um nicht mehr ein Anhängsel der Adelsklasse zu sein wie bisher. Und dem Adel selbst können wir nur dieselben Rechte zubilligen, die jedem freien Bürger in unserem Lande zukommen. Die Zeit der Vorrechte ist vorbei!

Ich hoffe, daß Sie nach diesen Erklärungen die Vorwürfe, die aus Ihrem Leitartikel in Nr. 459 mir gegenüber herausklingen, nicht mehr aufrechterhalten.

Schachtungsool

H. Karlson

Wir bringen die Ausführungen des Genossen Karlson unseren Lesern gern zur Kenntnis. Was in unserem Artikel irrtümlicherweise über seine Vertreterenschaft gesagt war, sollte keineswegs als Vorwurf gegen ihn gelten. Die Worte von einem nicht gerechtfertigten Satz gegen die Deutschen, der aus den Reden der nichtidentischen Vollen sprach, bezogen sich nicht auf ihn allein, wenn wir auch der Meinung sind, daß Genosse Karlson die politischen Wirkungen einer deutschen Ansetzung falsch beurteilt. Nach allgemeinen politischen Erfahrungen besteht zwischen Großgrundbesitzern und Kleinstadlern keine Interessengemeinschaft, nur eine sehr ungeschickte Regierungspolitik kann sie erzeugen. Naturgemäß sind auch wir Gegner einer Ansetzung, die sich auf Kosten der estnischen Selbständigkeit vollziehen würde, nur soweit das allgemeine Recht der Freizügigkeit, das wir auch umgekehrt anderen Nationen zugestehen, in Frage kommt, können wir dafür eintreten.

In derselben Sache ersucht uns die Presseabteilung des 6. A. R. richtigzustellen, daß der in dem Artikel: „Und nochmals der Osten“ wiedergegebene Bericht über die militärische Lage nicht von ihr herrührt, daß es sich vielmehr um eine Veröffentlichung der Pressestelle des Generalstabskommandos des 6. Reservekorps in Mitau handelt. — Unsere sachliche Kritik an dem Bericht wird hierdurch nicht berührt.

„Der Neuaufbau des Volkslebens.“

Mit der Tagesordnung „Der Neuaufbau des Volkslebens“ tagt vom 18. bis 19. September eine Arbeitskonferenz der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“. Das Referat über das Thema des ersten Tages „Wie überwinden wir die gegenwärtige Erdrückung des Volkslebens?“ hielt der frühere Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt B. v. Roellendorff. Seine Darlegungen waren des einzig Interessante, während an allem anderen nur das eine Wundernehmen konnte, wie es im Jahre 1919 noch Leute gibt, die nicht viel weiter halten als die englischen Utopisten und französischen Rationalisten vor Marx, Leute, die in ihrer wirtschaftlichen Latenzhaftigkeit noch immer glauben, durch einen Appell an Ehre, Freundschaft und dergleichen die soziale Not der Gegenwart aus der Welt zu schaffen, wobei es um so bedauerlicher ist, daß selbst v. Roellendorff aus dem Bestreben nach einer verbindlichen Solidarität den Trennungstypus zwischen sich und diesen protektionistisch-etnizisierenden Elementen nicht scharf genug zieht.

v. Roellendorff ging von dem Begriffen Sozialismus und Individualismus bzw. Generalismus als Gegensätzen aus, wobei er jenen den Menschen als um der Gemeinschaft willen, diesen die Menschheit um des Menschen, seiner Familie, seiner Art willen da sein läßt. Er beklagt die Sprachverwirrung, welche die Worte ihres geistlichen Inhalts „entleiden“, und sucht auf den Sinn der Wortwurzeln einzugehen. Dem Sozialismus wirft er vor, daß er den Trugschluß begehe, zu glauben, daß er allein eine Stütze sei. Bei der Weiterführung der Antithese von Sozialismus und Individualismus gelangt er zur Feststellung, daß Sozialismus die Erziehung alles dessen sei, was lebt, während Generalismus mehr an die Erziehung denkt, was in seiner dualistischen Weltanschauung begründet ist. In der Vereinigung von Sozialismus und Individualismus sieht er das Heil der Zukunft, ein Optimum der beiden, nicht ein Maximum von diesem oder jenem ist erstrebenswert. Auch der Völkerverbund sei nicht durch Verdrängung, aber auch nicht durch Angliederung zu erreichen. Für Deutschland hat die Stunde eines neuen Anfanges geschlagen. Und eben da brauchen wir die Verbindung von Sozialismus und

Generalismus, ein Kompromiß, das in gleicher Weise bei der Entscheidung zwischen Unitarismus und Partikularismus, sachlicher und regionaler Einteilung wird durchgeführt werden müssen. — Vom Kapitalismus sagt v. Roellendorff, er sei auch nach Marx nicht der Gegensatz, sondern der Wegbereiter des Sozialismus, denn Sozialismus ist die Vollendung dessen, was in technischer und organisatorischer Hinsicht der Kapitalismus geleistet hat. Das Proletariat braucht gegen das Bürgertum nicht zu kämpfen, das Bürgertum muß das Proletariat bitten, dieses Mißverständnis, das zum Kampfe geführt hat, fallen zu lassen. Hierbei konnte es v. Roellendorff leider nicht unterlassen, von Siebzugeneidlichkeit und -neid des Proletariats zu sprechen. Den Sozialismus, von dem v. Roellendorff so viel hält, möchte er nun in seinem Sinne umkrempeln, der Sozialismus müsse sich Idealismus aneignen, wenn er Verbesserung bringen soll. Der Siebzugeneid sei die Umkehrung der materialistischen Weltanschauung. Die Sünde des Kapitalismus ist seine materialistische Entgeißelung. Sein heiliger Geist war: die Mittel zur Bedürfnisdeckung für die Mitmenschen zu schaffen, seine Sünde aber: die materialistische Zwecksetzung in die Welt gebracht und statt der Bedürfnisdeckung die Bedürfniserzeugung betrieben zu haben, so daß Glück mit Güterbesitz identisch wurde. Hier müßte der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus herausgeholt werden. Und auch hier ist der günstigste Ausgleich zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch, zwischen Einkommen und Bedürfnisbefriedigung zu suchen. Das müsse offen gesagt werden, denn die Einkommenerhöhung zum Maximum ist kein Ziel! Das Verwerfliche des Mehrwertes sei das schlechte Beispiel, das der Reiche dem Armen gibt, denn die Aufstellung wäre nach Reichenau ein Vinsengericht. Zusammenfassend nennt v. Roellendorff Sozialismus: Arbeit auf Produktion, Kapitalismus: Arbeit auf Rentabilität. Die Addition aller Renten ist noch lange nicht das Maximum an Produktivität. An Stelle der höchsten Produktivität sind wir jedoch zu einem Fortschritt gelangt, der kein Fortschritt ist.

Von der Planwirtschaft sagt v. Roellendorff, er bedauere es, daß auch hier die falsche Gegenüberstellung Freiheit und Zwang zu demagogischen Zwecken geschaffen wurde, wo es doch heißen sollte: „Anarchismus oder Archismus“. Darunter ist das Gegenteil vom Anarchismus, d. h. des schrankenlosen Individualismus, der die ursprüngliche Triebfeder des Kapitalismus ist, zu verstehen. Darum beklagt v. Roellendorff auch die Formulierung „Zwangswirtschaft“ in dem Tausch des Reichswirtschaftsministers im „Vorwärts“ vom 18. September. Sozialismus sei die Bereitschaft, der Gemeinschaft ein Opfer zu bringen, und da scheint es sicher, daß alle Wirtschaft und Organisation zum Archismus hinstrebt. Um aber zu diesem zu gelangen, sei Solidarismus nötig, und Solidarismus wird eben nur durch die Synthese der gemeinsamen Ideen in den verschieden orientierten politischen und wirtschaftlichen Körpern erreicht.

Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung

Aus der mittleren Eisenbahnbeamtenschaft wird uns geschrieben:

Die Durchführung des Prinzips: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ist ein Problem, dessen Lösung mancherlei Schwierigkeiten in sich birgt. In einer hierauf bezüglichen Unterredung eines Beamtenvertreeters mit dem Arbeitsminister soll dieser gesagt haben: „Helfen Sie mir, machen Sie Vorschläge.“ Diese Aufforderung glaube der Gewerkschaftsband und Deutscher Eisenbahnbeamten dahin anlegen zu müssen, daß er „zur Durchführung der Demokratisierung“ die Fachvereine ersuche, Beamte vorzuschlagen, die sich „zur sofortigen Überführung in ein höheres Amt“ eignen.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Minister seine Aufforderung in dem Sinne aufgefaßt zu haben wünscht, daß lediglich die Einreichung einer Vorschlagsliste genüge, um die schwierige Frage zu lösen. Wäre dies der Fall, so könnte es nur unter der Voraussetzung sein, daß es sich bei den Vorschlagenden um eine von dem Vertrauen der Weisheit der Kollegen getragene Elitegruppe handle, eine Annahme, die unter den tatsächlichen Verhältnissen als unbedingt falsch bezeichnet werden muß.

Die überwiegende Mehrzahl der Beamten steht auf dem Standpunkt, daß sie nicht in der Lage sei, ein Urteil über die zur Bekleidung eines höheren Amtes notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Charaktereigenschaften eines Kollegen abzugeben, und deshalb die Beteiligung an der Aufstellung einer Vorschlagsliste ablehnen müsse.

Diese ablehnende Haltung fand, wie uns bekannt geworden, ihren schärfsten Ausdruck in dem außerordentlich schwachen Besuche der zwecks Aufstellung von Vorschlagslisten anberaumten Versammlungen der verschiedenen Fachvereine. Zu der Versammlung der Obersekretäre und Obervorsteher des Fachvereins Münster i. W. waren z. B. von weit über 100 stimmberechtigten Mitgliedern nur 18 erschienen.

Obwohl geltend gemacht wurde, daß diese wenigen Mitglieder durchaus nicht in der Lage und berechtigt seien, eine Auswahl zu treffen und dem Bundesvorstande 30 Vorschläge für alle Gruppen (Amtsvorstände, Hilfsarbeiter, Mitglieder und Präsidenten der Eisenbahndirektion sowie Referenten im Ministerium) zu machen, beklagte dennoch eine geringe Mehrheit der kleinen Versammlung die Aufstellung einer Vorschlagsliste, weil „keine Zeit mehr zu verlieren sei, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, ins Hintertreffen zu geraten“. Für „Vereinbarung“ der Sache wurden für jedes höhere Amt drei (meist anwesende) Kandidaten in Vorschlag gebracht und dann durch Stimmzettel gewählt. Als aber ein nicht anwesender Kollege, Mitglied des Beamtenrats, der bisher mit Eifer und Umsicht die Interessen der Beamtenschaft vertreten hat, vorgeschlagen wurde, machte ein Kollege, der nunmehr als zum Amtsvorstande beauftragt auf der Vorschlagsliste steht, geltend, daß man über diesen Herrn Beamtenrat allerlei Bedenken habe, insbesondere, weil er „als Demokrat zu sehr parteipolitisch“ hervorgetreten sei. Anstößig dies zu treffen, wurde nicht erörtert.

Also: die „durchaus demokratische Bestimmung“, die auch der Gewerkschaftsband als Voraussetzung für die Fähigkeit zur Bekleidung eines höheren Amtes gestellt hat, hat diesem Kollegen den „Weg zum Aufstieg“ schon verlegt, falls der Minister die ihm zugehende Vorschlagsliste als maßgebend für etwaige Entscheidungen ansehen sollte. Die „demokratische Bestimmung“ kleidet demnach verschiedenen Leuten, an denen der Geist der neuen Zeit zweifellos spurlos vorübergegangen ist, ein Stein des Anstoßes zu sein. Für sie ist die politische Umwälzung eben gut genug zur Erfüllung ehrgeiziger Bestrebungen.

Gewiß soll jedem mittleren Beamten, der sich durch sachliche Tüchtigkeit, hervorragende Gesinnung und Gemüts Eigenschaften, durch Wesen und Charakter besonders auszeichnet, der Aufstieg möglich sein. Aber es muß auch unter allen Umständen gefordert werden, daß sich die Kandidaten rückhaltlos auf den Boden der Tatsachen stellen und in wahrhaft demokratischem Geiste ihres neuen Amtes walten.

Was die Art der Fragestellung, wie sie hier geschildert ist, angeht, so muß sie mit allen gerecht Denkenden auch von der Mehrheit der mittleren Beamten als durchaus unzulänglich bezeichnet werden. Sollten durchaus Vorschläge gemacht werden, so muß in ganz anderer Weise dafür gesorgt werden, daß der Weisheitswille der Beamtenschaft dabei zum Ausdruck kommt.

Die Druschprämie.

Die Lieferungsprämien für Brotgetreide und Saatgut sind bei vielen Parteigenossen auf begründete Kritik gestoßen. Manche sehen in ihnen das Wiederaufleben der Liebesgaben aus der seligen alten Zeit, alle wehren sich dagegen, daß man den Landwirten von Reichs wegen Mittel zuwendet. Es fehlt nicht an ironischen und erbitterten Randglossen, die uns auf den Redaktionstisch flattern.

Worauf kommt es an? — Heute handelt es sich darum, die Brotversorgung des Volkes sicherzustellen. Sie schien durch die Freigabe des Hafers gefährdet; eine Gegenmaßnahme war unabweislich. Die Mäcker zur Zwangsbebauung wurde abgelehnt. So blieb kein anderer Weg als die Entlieferungsprämie.

Die da meinen, den Landwirten sei damit zu weit entgegengekommen, übersehen in der Regel, daß die Gestehungskosten der Landwirtschaft in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Ein Ausgleich war auf die später sowieso erforderliche Zwangsbebauung nicht eine gewisse Berechtigung verleiht. Mit der Wiedereinführung der Lieferungsprämien wird diese Forderung der Landwirte hinfällig. Der Brotgetreidepreis ist für sie nicht geringer, als der vor kurzem im freien Handel für Hafer erzielte Preis. Das ist schließlich auch für die Gegner der Druschprämien einer sachlichen Würdigung wert.

Die Hauptsache ist und bleibt, daß der Zweck der Sicherstellung der Ernährung erreicht wird. Hierin mußte etwas getan werden auf die Gefahr hin, daß der Schritt der Regierung nicht allseitige Billigung findet. Schläge die Brotversorgung fehl, so wären die unentwegten Nörgler die ersten, die der Regierung die ernstesten Vorwürfe gemacht hätten.

Es ist nicht unseres Amtes, im Zentralorgan der Partei „Regierungspolitik“ zu treiben. Wollten wir das, so hätten wir schon an dem Widerstreit, der in den Debatten über die Haltung des Reichswirtschaftsministers und des Landwirtschaftsministers in der grundsätzlichen Frage, ob die Zwangsbebauung aufrechtzuerhalten sei oder nicht, genug zu tun. In der Partei selbst lassen diese Gegensätze in ganz gleicher Weise. Direktiven darüber existieren nicht oder werden nicht innegehalten. Wiederholt mußte in letzter Zeit festgestellt werden, daß auch führende Parteigenossen sich über diese Grundlage der Ernährungspolitik nicht einig waren. Wir untererfeldt haben immer betont, daß wir einen Ausweg nur aus der heutigen Wirtschaftsnote einzig und allein in einer planmäßigen Wirtschaftsführung sehen. Wir verhehlen dabei keineswegs, daß wir mit den Regierungsmassnahmen nicht durch Dick und Dünn gehen. Daß der Zitzodweg, auf dem das Reichswirtschaftsministerium zu den Lieferungsprämien kam, nicht besonders glücklich war, darüber besteht kein Zweifel. In Anbetracht der geradezu ungeheuren Schwierigkeiten, die in der Zusammenlegung der Regierung in der überaus schwierigen Wirtschaftslage und nicht zuletzt in der Ungelährtheit einer Reihe wichtiger Probleme begründet sind, müssen wir es aber ablehnen, nach unabhängigen Muster da zu kritisieren, wo mit unerschütterlicher Kritik der Karren nur noch mehr verfahren wird.

Ein mißlungener Angriff.

In ihrer Abendausgabe vom 11. d. Mts. — Nr. 450 — bringt die „Deutsche Tageszeitung“ unter der Überschrift „Der Tausch des Herrn Otto Braun“ einen gegen den Landwirtschaftsminister Braun gerichteten Artikel, der wegen seiner tendenziösen Entstellung der Tatsachen nicht unwidersprochen bleiben darf.

Die Behauptung, daß der im Artikel in Rede stehende Angehörige des Forstverrichtungsamtes J. (nicht Z.) von der Anstellungs-Kommission in Polen wegen sozialdemokratischer Betätigung zum Ausscheiden aus dieser Behörde veranlaßt worden sei, ist unzutreffend. Der — übrigens schon im Jahre 1910 erfolgte — Austritt des Genannten war in seiner außerordentlichen Führung begründet, die jedoch mit sozialdemokratischer Betätigung nichts zu tun hatte. Bei der Beurlaubung des J. um Befähigung im Landwirtschaftsministerium Ende November 1918 war dieser Entlassungsgrund im Ministerium nicht bekannt. Nachforschungen bei der früheren Befähigungsbehörde anzustellen, war bei den durch den Polen-aufstand in Polen geschaffenen Verhältnissen mit der bekannten wiederholten Vorkasse unmöglich. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß zwischen der damaligen Entlassung und der jetzigen Bewerbung mehr als acht Jahre lagen, von denen J. längere Zeit im Heeresdienst mit guter Führung zugebracht hatte.

Die weitere Behauptung des Artikelschreibers, daß der Minister Braun die sofortige „Anstellung“ des J. angeordnet habe, ist ebenfalls unrichtig. J. ist ohne Zutun des Ministers Ende November d. J. zur vorübergehenden Befähigung im Forstverrichtungsamt gegen Tagesdiäten angenommen und erst nach Verlauf von fast drei Monaten in ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis unter ausbräutlichem Ausschluss jeder Anwartschaft oder Aussicht auf planmäßige Anstellung übergeführt worden. Damit ist auch die Behauptung, für den Genannten sei eine besondere Stelle geschaffen worden, widerlegt. Wenn er eine um 25—35 M. höhere Monatsvergütung als seine Arbeitsgenossen bezog, so beruht das darauf, daß er im Gegensatz zu diesen die Prüfung als Vermessungstechniker abgelegt hat. Lediglich erhält auch ein anderer Angestellter des Forstverrichtungsamtes, der ebenfalls mit vermessungstechnischen Arbeiten beschäftigt wird, diese höhere Vergütung.

Auch die Behauptung, daß der Minister einem Gesuche des J. um Anstellung als Staatsbeamter Folge gegeben haben würde, wenn nicht der Angestelltenausschuss wegen eines von J. begangenen Diebstahls dagegen vorstellig geworden wäre, widerspricht den Tatsachen. Das Anstellungsvergehen war vom Minister bereits am 28. August abgelehnt, während die Diebstahlsangelegenheit erst am 5. September bekannt geworden ist. Auch diese ist infolgedessen unrichtig dargestellt, als der Diebstahl nicht ein Arbeitsgenosse, sondern eine außerhalb der Behörde stehende Person und der Diebstahl nicht, wie man beim Lesen des Artikels annehmen könnte, in den Bureauräumen ausgeführt worden ist.

Nach Klarstellung der Sachlage ist J. am 8. September aus seiner Stellung entlassen worden. Der objektive Beurteiler des Falles wird also zugeben müssen, daß der angebliche Schilling des Ministers Braun durchaus keine schonende Behandlung erfahren hat.

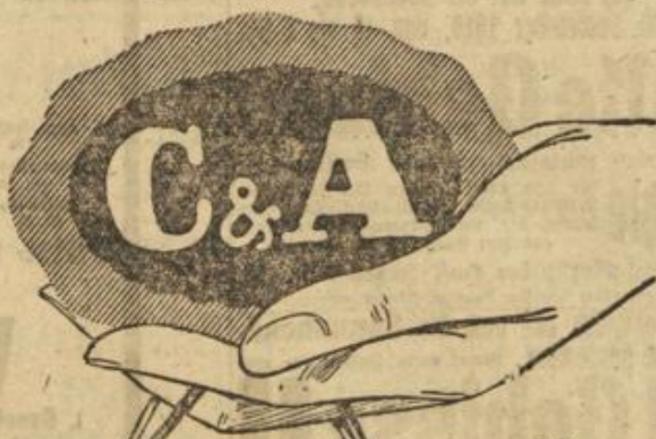
Was geht in Havelberg vor?

Man schreibt uns: Die Reichswehrbrigade 3 hat Klagen über Wilddiebereien und Freiwildschüsse zum Anlaß genommen, höheren Orts vorstellig zu werden, daß das jetzige Wachkommando in Havelberg zur Auflösung komme und durch neue Freiwillige ersetzt werde, um eine „Verseuchung“ zu verhindern. Bei dieser Gelegenheit sollten Führer, Unterführer und Leute des alten Wachkommandos völlig beurlaubt werden, auch die Feldwebelmannschaften Braun und Göhly würden „vorteilhafter an anderen Orten zu



Ein günstigeres Angebot, als Sie in den beiden hier abgebildeten Mänteln in Händen haben, wird Ihnen so leicht nicht geboten werden.

Zugreifen!



Links:
Ein 128 cm langer molliger Herbstmantel, ein prächtiger Schutz gegen Sturm und Kälte. Aus vorzüglichen einfarbigen Stoffen, elegant und modern verarbeitet, mit dem beliebten Raglan-Schnitt, reicher Stepperverzierung, genau wie Zeichnung.
nur 132,-

Rechts:
Sehr flotter Mantel, 118 cm lang, besonders jugendliche Form, aus molliger, einfarbiger Diagonalware in verschiedenen Farben, sehr aparte Taschen, genau wie Zeichnung.
nur 116,-

Königsstraße 33 Chausseest. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz. Beim Ottliner Bahnhof

Geöffnet von 8-6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer		Herrenzimmer	
1 Büfett	Eiche	1 Bibliothek	
1 Kredenz	"	1 Schreibtisch	
1 Ausrichtisch	"	1 runder Tisch	
6 Stühle	"	1 Schreibstisch	
		2 Stühle	

Mark: 2850, 3750, 4500 etc.
Mark: 2450, 3650, 4875 etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtislette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Steilige Auflegematrizen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter

Mark: 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen = einfacher, mittlerer und elegantester Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherel-
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben

Zur Sommerzeit

Surol

besonders preiswerter u. vorzüglicher Einmache-Haushaltungs- und Sauer Essig

Unter ständiger Kontrolle eines Lebensmittelchemikers

Man achte auf den geschützten Namen

Surol
grünes Etikett und weißen Verschlussstreifen.

Ceka

gesüßter Einmache- u. Sauer Essig in allen Gewürzen fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckersatz

Unter ständiger Kontrolle eines Lebensmittelchemikers

Man achte auf den geschützten Namen

Ceka
rotes Etikett und roten Verschlussstreifen.

CARL KÜHNE BERLIN N 31
GEGR. 1792

Wo nicht erhältlich, wende man sich an die Fabrik, die Verkaufsstellen auflegt.
Fernsprecher: Humboldt 3603, 3664, 3665.

Juwelier Siegel

Berlin NW
Friedrichstraße 80

Brillanten

von höchstem Feuer

Peeler

Das Christusproblem gelöst!

Sieben wachen: War Jesus Christus?

In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau übereinstimmt, was Jesus Christus war: ein Bundesbrüder des Kaiserreiches, einer Art Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester verweilte bei der Entdeckung des Dokuments so verärgert, daß sich die ganzen mythischen Wundergeschichten zur einmal ganz natürlich erklären. Die Vermutung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übertragen worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus ausgearbeitet von Ferd. Schmidt. Kein Dudenwort wird das Werk unbedeutend aus der Hand legen. Preis M. 1.50, schön gebunden M. 2.20, Nachnahme 20 Pf. mehr. Buchvertrieb gratis.
Großes Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

Blendend weiße Zähne durch Chlorodont

die wunderbar erfrischende Zahnpasta

Schöne Augen

bedenken, schattige Wimpern und interessanter Gesichtsausdruck durch Reichels orient. Augenbrauenfarbe. Keine Schminke, unermüdlich, in Hand, braun und schwarz 50. Best. Augenmaske vergrößert die Augen, macht sie leuchtend und anziehend. Flasche 4- und 7-
Otto Reichel, Berlin 43, Gluckebühlstr. 4.

Gesundung durch Sauerstoff

Ein durchaus natürliches, völlig unschädliches Heilverfahren ohne jede Berührung bei Nerven- und Stoffwechselkrankheiten jeder Art, wie Gicht, Rheuma, Adhärenz, Magen- und Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Schwächezuständen, Herzleiden sowie Lungen- und Halsleiden. - Verlangen Sie kostenfreie ausführliche Broschüre. - Dr. Gebhard & Cie., Berlin 117, Potsdamer Str. 104.

Holt unseren Verwundeten!
Ziehung 24.-27. Sept. 1915.
Geld-Lotterie
1.997 Geldgew. o. ar. ohne Abz. M.

560 000
100 000
50 000

Empf. u. Verwendung u. Nachb. für Porto u. Liste 50 Pf. miteinsend.

Lose à M. 4.-

Emil Sillor, Bankhaus,
Hamburg, Holzdamm 39
Bitte rechtzeitige Bestellung.

Gegründet 1868.

PELZ-WAREN

Export Engros
Einzelverkauf
wie alljährlich preiswertes Angebot in Kragen, Muffen und Pelzhüten

Fuchsgarnituren
in großer Auswahl

Reparaturen u. Umarbeitung
prompt und billigst.

Ad. Abrahamson Nachfg.
261 Neue Königstr. 261

Blüthnerpiano

Schwedter, Mann, Ed. Schindler, Knaack, erfindungsgeliebte Instrumente. Konzerte, Magdeburgerstr. 37 (Ritzpl.).

Möbel

günst. Einkauf
Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen

DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

„Lacka“

die neue Farb-Bohnermasse

Seit „Lacka“ kam in unser Haus, Komm ich auch ohne Maler aus!

„Lacka“

die neue Farbbohnermasse

färbt und bohnt zugleich.

Jedermann sein eigener Maler.
Keine abgetretenen, rauhen, unansehnlichen Fußböden mehr. Bei dem jetzigen Mangel an Ölen und Lacken ein

Riesenschlager

für alle einschlägigen Geschäfte.

Alleinige Hersteller:
Henkel & Co., Hannover
Fabrik chem.-tech. Produkte
Abteilung Fußbodenpräparate.
Verkauf nur an Händler.

Vertrieb u. Lager: **Alfred Kampmann,**
Berlin C 2, Burgstraße 28.
Fernsprecher: Norden 9321-39.

Billige Möbel!

Herrens, Speise-, Schlafzimmer

aus erstklassigem Friedensmaterial in allen Ausführungen wegen Aufgabe der Fabrikation preiswert verkäuflich.

Huhn & Co., Möbelabrik Drelstr. 29
gegenüber dem Geschäftshaus Rudolph Herzog.

!!! Geld !!!

Hautjucken

(Krätze) wirksames Spezialmittel

1 Pers. 7.50 M., 3 Pers. 14 M.
Apotheker Lauensteins Verz.
Sprembog L. 44.

Das Arbeitsprinzip in der Erziehung.

Die Kämpfe um die Weltlichkeit der Schule haben — sehr zu Unrecht — die eigentliche sozialistische Idee einer neuzeitlichen Regierungsreform in den Hintergrund treten lassen, das Arbeitsprinzip:

Die Grundlage der gesamten Kultur ist die Arbeit, die gesellschaftliche Produktion. Sie hat die Menschheit aus der Barbarei bis in die Zivilisation geführt. Sie trägt den ungeheuren Bau des Kulturlebens der Gegenwart, in ihr ruhen die Kräfte für die Weiterentwicklung der Menschheit. Wer die Kultur der Gegenwart verstehen und in ihr für sie tätig sein will, muß den Entwicklungsgang der Arbeit kennen, muß die gesellschaftliche Arbeit in ihren tausendfältigen Formen, in ihren sozialen Zusammenhängen, in ihrer schöpferischen Kraft würdigen können. Man lernt die Arbeit aber nicht aus Büchern kennen, aber dadurch, daß man sich mit den Händen in den Holentasteln hinstellt und zuschaut, wie andere arbeiten, sondern dadurch, daß man selbst Hand anlegt, daß man selbst arbeitet.

So urteilte Heinrich Schulz schon 1911 in seinem Buche: „Die Schulreform der Sozialdemokratie“, das in neuer Auflage erschienen ist. (Verlag: Schmidt & Co., Berlin SW 48.) Die Neuauflage kommt gerade zur rechten Zeit. In den Tagen des Kompromisses auf schulpolitischen Gebieten ist es doppelt erforderlich, daß wir uns wieder unser grundsätzliches Programm, seine wissenschaftliche und praktische Begründung vor Augen führen.

Während des Kampfes um das Kompromiß stand die Frage der Weltlichkeit, des Religionsunterrichts einseitig im Vordergrund des Interesses. Sie ist freilich wichtig genug, und auch das Schulische Buch, die erste erschöpfende Darstellung des sozialdemokratischen Schulprogramms, räumt ihr den gebührenden Platz ein. Daneben aber ist die Frage des gesamten Erziehungsprinzips von nicht minderer Bedeutung, und das, was hier der Sozialismus von seinem Urgegenstand der Schule der Zukunft zu geben hat, das ist eben dies eine, daß er den Gedanken der Arbeit in den Mittelpunkt der gesamten Erziehung gestellt wissen will.

Auch hier ist die neue Verfassung auf halbem Wege stehen geblieben, was vielfach auch in den Kreisen sozialistischer Schulreformer nicht die genügende Beachtung gefunden hat. Die Verfassung macht den „Arbeitsunterricht“ zum „Lehrgegenstand“ in allen Schulen der deutschen Republik. Damit ist aber erst ein kleiner Schritt auf dem Wege wirklich sozialistischer Schulreform getan. Gewiß, wir fordern auch den Arbeitsunterricht, das, was man gewöhnlich Handfertigkeitsunterricht nennt, und dem bisweilen in schlimmster Diktantenhaftigkeit bereits im alten System ein Eckchen eingeräumt war. Der Schweizer Pädagoge Seidel ist der unermüdete Vorkämpfer dieser Art praktischer, handarbeitender Betätigung in der Schule.

Der Sozialismus aber will viel mehr. Er will die Arbeit zum grundlegenden Prinzip des gesamten Unterrichts, der gesamten Erziehung machen, will aus der Schule eine „Arbeitschule“ machen, will die alte Kluft zwischen geistiger und körperlicher Arbeit überbrücken.

In einem geistvollen längeren Nachwort zu der neuen Auflage seines Werkes schließt Heinrich Schulz diesen Gedanken noch einmal mit Beziehung auf die jüngsten Ereignisse, auf Krieg und Revolution, heraus:

Die eigentliche sozialistische Erziehungsreform besteht in der Einführung des Arbeitsprinzips in die Erziehung. Nur wenn es gelingt, diese innere Umwandlung unseres öffentlichen Erziehungswezens durchzuführen, erfüllen wir auf dem pädagogischen Gebiete die Forderung der Revolution und sichern damit zugleich ihre Errungenschaften. . . Wenn wir den Produktionsprozeß als ein Ganzes betrachten, zu dem Körperliche wie geistige Arbeit gehören, wenn wir die Kinder von klein auf mit der Arbeit in unmittelbare Beziehung bringen, beginnend beim Spiel und beim Elementaren und mit dem geistigen Wachsen fortwährend bis zur Berufsentscheidung und Berufsausbildung, wenn wir da-

bei immer die Zusammengehörigkeit aller Arbeit und Berufspezialisierung und ihr Aufeinanderangezieltes wahren und betonen, so werden wir die so erzeugten Geschlechter in den Stand setzen, dereinst besser als wir selber die Aufgaben einer sozialistischen Produktion zu erfüllen.

Wir möchten allen, die sich mit diesen Fragen innerlich beschäftigen, die Lektüre des grundlegenden Buches von Heinrich Schulz auch in seiner neuen Form aufs wärmste empfehlen. Gerade weil es keine „Umarbeitung“ ist, keine Angleichung an die Forderungen des Tages“, ist es als Wegweiser im Kampf des Tages unentbehrlich.

Parteinachrichten.

Eine Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

tagte am Sonntag, den 14. September, im Gewerkschaftshaus zu Söthen, die von 102 Teilnehmern besucht war. Den Bericht des Bezirksvorstandes gab Bezirkssekretär Gröger-Frankfurt am Main. Der Bezirk ist wieder aufgebaut, die Organisation wieder in die Höhe gekommen. Es geht überall vorwärts. Die Entwicklung der Parteipresse ist besonders erfreulich, trotz der Spaltung. Neue Lokalfolien wurden geschaffen, ferner erscheint jetzt eine Agitationszeitung „Der Aufbau“, die 14 täglich in den ländlichen Kreisen abgesetzt wird.

Ueber das Bildungsweien berichtete Thomas-Frankfurt. Der Staat müsse mehr als früher allgemeine Bildungsarbeiten verrichten und dafür erhebliche Mittel aufwenden. Unsere Bildungsarbeit könne sich darauf beschränken, Einführung in die Lehren des Sozialismus zu bringen. Dabei sollten neue Formen gesucht, die Arbeit nicht mehr auf Massenwirkung eingestellt sein. Es müsse mehr tieferes Wissen vermittelt werden. Zu diesem Zweck seien Bezirksbildungsschulen sehr geeignet.

In der Aussprache wurde die Notwendigkeit reger Agitation hervorgehoben. Scharfe Kritik übten die Redner an reaktionären Bestrebungen der Militärkaste. Von Koske wurde verlangt, daß er entschiedener gegen konterrevolutionäre Offiziere einschreite. Die Abg. Stod und Brähne traten für Koske ein, dem gegenüber man Gerechtigkeit walten lassen müsse. Eine Entschlieung, die konform mit den Beschlüssen der Militärkaste sei, wurde einstimmig abgelehnt. Annahme fand eine Resolution, die verlangt, daß die Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen das konterrevolutionäre Offiziersregiment in Deutschland ergreife. Unerschrocken über Kempter zu erheben sind alle diejenigen Offiziere, die nicht gewillt sind, die republikanischen Staatsrichtungen Deutschlands restlos anzuerkennen. Den Delegierten des Provinzialparteitages erscheint ferner notwendig, daß unter Parteivorstand dem Treiben der bürgerlichen reaktionären Parteien besondere Beachtung schenkt.

Der Kampf gegen rechts muß mit allen Mitteln betrieben und muß als Kauftakt für kommende Entscheidungskämpfe betrachtet werden. Weiter wurde dem republikanischen Führerbund die Sympathie der Konferenz ausgesprochen.

Die Agrarfrage behandelte Abg. Hoch-Banau in längerem Vortrag. Er betonte, ein Streik der Landarbeiter sei unter den jetzigen Umständen ein Verbrechen am Volke. Unsere Aufgabe müsse sein, die Landarbeiter zu organisieren. Die Schwierigkeiten der Landbevölkerung in der Ernährung seien zum Teil schwieriger als in der Stadt, da sie nichts kaufen könne. Redner verlangte die sachgemäße Ausführung der Expropriation des Großgrundbesitzes, soweit es möglich ist, zugunsten der kleinen Bauern. Die Gemeinden sollten aber Landbesitz nicht verkaufen, sondern verpachten.

Die Schaffung eines neuen Bezirksstatuts, das sich an das allgemeine Parteistatut anschließt und eine strengere Zentralisation der Bezirksorganisation versucht, bildet den Abschluß der Tagung.

Groß-Berlin

Der Berliner Lädenstreik.

Eine große Anzahl von Ladeninhabern stellten gestern vormittag um 10 Uhr den Verkauf ein, um sich an den Kundengehungen gegen die Kommunalisierungsabsichten zu beteiligen. Ueberall

brangten an den Schaufenstern Plakate, auf denen der ungewöhnliche Streik dahin begründet wurde, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft vor allem im Interesse der Verbraucher gefordert werden müsse. Der Streik, dessen und ein großer Teil des Nordens, sowie die Vororte konnten den Streik ungehindert durchführen. Im Osten und äußersten Norden dagegen schlossen die Geschäfte nicht, um unliebsamen Zwischenfällen vorzubeugen. Die Versammlung in der Philharmonie konnte ungehindert tagen. Im Lehrervereinshaus dagegen kam es zu Schlägereien. Arbeitslose suchten die Händler schon am Eintritt zu hindern. Die Redner wurden niedergetrampelt, so daß die Versammlung nicht stattfinden konnte. Die Geschäftsinhaber, die doch auch das jedem Staatsbürger zustehende Versammlungrecht haben, machten schließlich kurzen Prozeß und stellten den Sprengkolonnen ein Ultimatum. Da die Geschäftsinhaber in erdrückender Ueberzahl anwesend waren, und da auch auf dem Alexanderplatz noch viele Hunderte standen, die keinen Einsatz mehr zu finden vermochten, gaben die Gegenprotestler das Spiel verloren und räumten schließlich das Feld. Einige besonders hartnäckige Streikführer wurden jedoch nur der Gewalt und wurden hinausgeworfen. Draußen wurden sie von den dort wartenden Lebensmittelhändlern empfangen und es kam zu Reibereien, die einen bedrohlichen Charakter annehmen drohten. Inzwischen hatte jedoch die Geschäftsleitung des Lehrer-Vereinshauses militärische Hilfe herbeigerufen und so rückten zwei Lastwagen mit Reichswehrtruppen heran, die schließlich einen Teil des Alexanderplatzes absperren und die Tumultuanten auseinandertrieben. — Ähnliche Szenen spielten sich in den Germania-Sälen ab. Dort versuchten etwa 800 Personen die Versammlung zu sprengen. Freie Aussprache wurde abgelehnt. Schließlich wies man die Redner auf die Strafe, wo sie von inzwischen eingetroffenen Reichswehrsoldaten veranlaßt wurden, die Straße freizugeben.

In den Versammlungen selbst wurde natürlich aller Rangel und alle Forderung der Zwangswirtschaft zugeschrieben. Der Haupttreiber für den notorisch preistreibenden Freihandel hieß — — — Illiger.

Andere Unabhängige als die Versammlungssprecher haben allerdings für die Ladeninhaber mitdemonstriert. Am Schaufenster der Steinhilberstraße des Volkshauses zu Charlottenburg prägten sich zwei Plakate, die sich gegen die Zwangswirtschaft wandten und zur Teilnahme an den Protestversammlungen aufforderten. Der Inhaber der Steinhilberstraße ist der unabhängige Stadtverordnete Jarins, der vorher von einem Reichheitssozialisten aus der Geschäftsleitung des Volkshauses aufgelassen worden war, die Plakate zu entfernen. So sorgt ein unabhängiger Stadtverordnete für seine Schäflein, wenn es seine eigene Kasse gilt.

Die Firma Gebrüder Groß erklärt auf Grund der von ihr eingeleiteten Untersuchung die vom „Vorwärts“ abgedruckte Zuchtschrift, wonach in ihrer Filiale Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße, Ecke Schorrenstraße, nichtrationierte Lebensmittel nur an solche Käuferinnen abgegeben würden, die vorher die Zustimmungsliste zur Kundengehung für den freien Handel unterschrieben, für a u s der List gegriffen. Der Firma Gebrüder Groß selbst hatten wir einen Vorwurf nicht gemacht und würden es bedauern, auch in Bezug auf eine Filiale irreführt worden zu sein.

Aussparungen des Neuländer Magistrats.

Der Neuländer Lebensmittelrat hat sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Magistrat mit den angeleglichen Lebensmittelangelegenheiten eingehend beschäftigt. Nach den Zeitungsnachrichten hatte der Referent des Arbeiterrats behauptet, daß umfangreiche Lebensmittel verhothen worden wären und zwar: a) 100 Waggons Roggenmehl, b) 90 Waggons Weizenmehl, c) 90 Waggons Weizenmehl, d) 6000 Zentner Dörrpflaumen, e) 1000 Zentner Weizenmehl, f) 800 Zentner Kartoffelwalmehl, g) 20 000 Dosen Rindfleisch je 1 Kilo, h) 50 Waggons Weizenmehl, i) 100 Waggons Weizenmehl, j) 10 Waggons Kartoffelwalmehl. Die völlige Haltlosigkeit dieser Behauptungen ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung. Im Einverständnis mit den zuständigen städtischen Körperschaften sind an überflüssigen Lebensmitteln, die wegen ihres Zustandes verworfen werden mußten und die nur schwer Abfall in der Bevölkerung fanden, nur verkauft worden: a) ausländisches (ukrainisches) Roggenmehl 4 1/2 Waggons, b) 96 Ebd. Olivenöl, c) 2200 Zentner Dörrpflaumen, d) 60 Zentner Weizenmehl, e) 1500 Zentner Kartoffelwalmehl, f) 1800 Dosen Rindfleisch je 1 Kilo, g) 3 Waggons Weizenmehl, h) 4 1/2 Waggons Kartoffelwalmehl. Die Zahlen des Arbeiterrats waren also reine Schanzenspiele. In den Verkäufen sind auch die beiden an die Gemeinden Neuzittau und

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Der Arzt kommt und sagt zu mir: „Na, es geht ja sehr gut!“ Ich wollte ihn bitten, daß er mehr von mir spräche. Aber habe ich denn die Zeit dazu! Gegen Abend reißt sich mein Nachbar aus seiner Grübelelei los. Er antwortet auf die Frage, die ich ihm schon heute früh gestellt habe, er zuckt die Achseln und sagt: „Man kann ihm seine Hände nicht mehr waschen! Das Schwärze hat sich schon ganz fest in seine Knochen eingestrichelt.“

Etwas später setze ich mich auch in die Höhe. Ich hebe den Arm, der von weißer Leinwand umwickelt ist. Nur schwierig erkenne ich meine eigene, abgemagerte Hand wieder, dieses seltsame Liniengewirr. Aber ich erkenne die Erkennungsmarke wieder, die an meinem Handgelenk baumelt, ach, dieser Gegenstand hat mich bis in die Abgründe hinunterbegleitet.

Stundenlang bleibt mein Kopf leer. Mein Kopf ist weiß verbunden und bevölkert von einer Menge von Gegenständen, die ich nicht begreife. Eben sind die Dinge noch vorhanden, dann sind sie schon wieder verschwunden. Ich antworte auf Fragen, die man mir stellt. Sage ich zu etwas: „Ja“, dann ist es ein Seufzer, den ich ausstoße, nichts anderes. Ein anderes Mal bin ich noch halb verlinken in den Anblick des weiligen Schloßgeländes und der überkrönten Bergesketten. Ein Widerhall dieser Dinge schwingt in meinen Ohren. Ich möchte, es käme einer, der sich auf die Traumdeuterei verstünde.

Stiefel knarren seltsam auf dem Boden. Dann bleiben sie vor mir stehen, ich öffne die Augen. Eine Frau steht vor mir. Ach, der Anblick dieser Frau trifft mich durch und durch. Sie ist die Frau, die ich in meiner Erscheinung gesehen habe. Meine Erscheinung war also wahrhaftig? Ich betrachte sie mit weitgeöffneten Augen. Sie spricht zu mir: „Ich bin es!“ Dann beugt sie sich zu mir und sagt sanft hinzu: „Ich bin Maria, und Du bist Simon!“

„Ach“, sage ich nur, und ich erinnere mich. Ich wiederhole die tief sinnigen Worte, die sie mir einst-

mal gesagt hat. Sie spricht noch immer mit dieser Stimme, die aus der Ferne hallt. Ich richte mich ein wenig auf, ich blide sie wieder an, Wort auf Wort präge ich mir ein, was sie bedeuten.

Sie ist es natürlich, sie hat mir natürlich mitgeteilt, daß ich an Brust und Hüfte verwundet worden sei, und daß ich drei Tage lang verlassen dazuliegen habe. Umfangreiche Wundzerreibungen, viel Blutverlust, langes Fieber und eine ungeheure Mattigkeit.

Dann sagt Maria: „Bald wirst Du wieder aufstehen!“ Aufstehen? Ich aufstehen? Ich, das Wesen, das immer nur gelegen hat! Ueberrollung und Entsetzen bestürmen mich. Maria geht wieder. Bei jedem Schritt, den sie macht, vergrößert sich meine Einsamkeit. Ihrem Scheiden und ihrem Fernbleiben blide ich lange nach. Am Abend höre ich ein leises Gespräch vor dem Bette des Kranken.

Er ist zusammengekrümmt und schnauzt nur mühselig. Man sagt ganz leise: „In ein oder zwei Stunden wird er sterben. Er befindet sich in einem solchen Zustande, daß er morgen früh schon verfault sein wird. Man muß ihn sogleich wegragen.“

Das sagt man um 9 Uhr abends. Dann werden die Lichter ausgelöscht und man geht. Ich sehe nur ihn. Es brennt nur die einzige Lampe, die ihn bewacht. Er leuchtet und ist schwarzbedeckt. Er glänzt, als wenn ihn eine Regenschicht bedeckte. Sein Bartflaum ist gewachsen. Die Haare kleben an die schweißige Stirn. Der Schweiß ist grau.

Am nächsten Morgen ist das Bett leer und mit reinen Bettluchern bezogen. Und mit diesem Menschen, der zum Nichts ausgewandert ist, sind auch alle Dinge verschwunden, die ihn vergiftet hatten.

Der Wärter sagt: „Jetzt ist Nr. 36 soweit.“ Ich folge der Richtung seiner Augen. Ich sehe den Menschen, der verurteilt ist. Er schreibt einen Brief, er spricht, er lebt noch. Aber er hat eine Bauchverletzung. Er trägt seinen Tod in sich gleich einer Leibesfrucht.

Heute wird die Wäsche gewechselt. Einige Kranke können das aus eigener Kraft tun. Die Arme und die Leinwand, das wirkt auf den Betten wie irgendwelche Signale. Die anderen Kranken werden von den Wärtern unterstützt. Man sieht auf der nackten Haut Narben, Löcher, genähte und gelidete Stücke, die offenbar von anderen Körperteilen herkommen. Man sieht sogar einen Mann, dem ein Glied ab-

genommen ist. Er zeigt den neuen Stumpf, der rosafarben ist wie das Körperglied eines Neugeborenen. Man zerrt auch den mageren wurmartigen Leib des Regers aus der Wäsche. Er rüdt und rührt sich nicht. Dann ist er von neuem weiß eingekleidet, und sein Kopf wackelt wieder in dem Grau herum, und er betrachtet unaufhörlich mit seiner Einbildung die Sonne und sein afrikanisches Land. Man grüßt aus seinen Bettdecken auch den Gelähmten heraus, der mir gegenüberliegt, und man zieht auch ihm frische Wäsche an. Erst bleibt er in seinem reinen Hemde gleich einer toten Masse unbeweglich. Dann stößt er einen Reihlaut aus, der die Krankwärterin herbeiruft. Seine Stimme ist zerbrochen und hohl, und sie ähnelt der Stimme einer Sprechmaschine, und er verlangt, daß man ihm die Füße umlege, die sich in dem Bettzeug verfangen haben. Dann ist er wieder geradegeschossen und zurechtgerückt, und er bleibt mit offenen Augen und ganz steif liegen und eingepackt in die Blanken seiner Knochen.

Maria kommt wieder. Sie setzt sich auf einen Stuhl. Und nun frischen wir wieder alle Dinge der Vergangenheit auf, von denen sie mir einen reichhaltigen Wiederhall mitbringt. In meinem Kopfe entrollt sich eine unmeßbare Arbeit.

Maria sagt: „Weißt Du, wir sind hier ganz in der Nähe von uns zu Hause.“

Diese Worte erlösen das Haus und die Betten des Hauses aus ihrer Starrheit, und das alles hallt sehr lange in mir wider.

Heute richte ich mich zum ersten Male in meinem Bette auf. Ich blide durch das Fenster, das doch immer vor meinen Augen gewesen ist, aber heute geschieht es zum ersten Male, daß ich darauf achte. Und ich sehe auch den Himmel zum ersten Male und einen grauen Hof, in dem der Frost sichtbar liegt. Es herrscht ein graues gewöhnliches Alltagswetter, das dem Leben gleich ist, das gleich ist jeglichem Dinge.

Bald gehen die Tage dahin, bald verlißt einer nach dem anderen. Langsam setze ich auf. Unter diesen Kranken Menschen, die auch ein neues Leben beginnen und ungeschickt und kläglich feuchend in ihren Betten liegen und wieder in kindliche Verfallen sind. Ich treibe mich in den Krankenzimmer herum. Dann gebe ich einen Gartenweg spazieren. Jetzt heißt es, sich um bestimmte Dinge kümmern, als da sind, das Gesundwerden und die Entlassungskommission, die in einem Monat tagen soll.

(Fortf. folgt.)

Strausberg gekaufte Waggonen enthalten. Ein Waggon Kiste ist nicht an Strausberg geliefert worden, sondern nur 5 Zentner. Die Beschuldigung, daß im Eisenwerk rd. 7000 Kilogr. Pflanzenfett und in einem andern Lager 100 Zentner Zucker gefehlt haben, ist falsch. Das Pflanzenfett ist ordnungsgemäß an die Krefelder Bevölkerung ausgegeben; der Zucker ist für Marmeladefabrikation verwendet worden.

Am städtischen Wasserwerk sind ständig über die Wasserein- und Ausgänge ordnungsmäßig Bücher geführt worden. Gegenseitige Behauptungen sind unzutreffend. Daß auf den Särgern der Stadtverwaltung zwei Waggonen Seife beschlagnahmt wurden, ist richtig. Diese waren der Stadtgemeinde aus dem besetzten Gebiet ohne Bestellung zugehört. Der Stadtgemeinde war an demselben Tage diese Seife für ihre Zwecke zu verwenden. Durch einen Angeheften des Lagers ist Seife, welche an städtische Anstalten, Betriebe usw. verteilt werden sollte, an den Händler gelangt, bei dem die Seife beschlagnahmt wurde. Durch die amtlichen Stellen ist diese Angelegenheit nicht veranlaßt worden.

Sodann wurde die Behauptung aufgestellt, daß verbrecherisch hohe Provisionen für Einkäufe und Verkäufe gezahlt worden seien. Für die Verkäufe sind, soweit Vermittler mitwirkten, nur insgesamt rund 3200 M. gezahlt worden. Die für die Einkäufe gezahlten Provisionen betragen durchschnittlich 2 Proz.

Wie wenig sorgfältig die Angaben von dem Referenten des Arbeiterrats gemacht worden sind, ergibt sich daraus, daß ein Betrag von 7091,70 Mark auf 7091,7 Mark geändert, also durch eine einfache Verschiebung des Kommas um das Zehnfache erhöht worden ist.

Zunehmende Milchnot.

Während in der Vorwoche knapp 200 000 Liter (bei einem Mindestverbrauch von 220 000 Litern) einliefen, sind in den letzten Tagen die Lieferungen wieder beträchtlich zurückgegangen. Prozenztal ausgebracht, ist die Milchlieferung im Vergleich zum Vorjahr jetzt um 25 Proz. gesunken. Eine Groß-Meierei, die sonst im Durchschnitt 15 000 Liter Reserve besaß, hatte in den letzten Tagen einen Bestand von durchschnittlich 200 Litern. Infolgedessen konnten auch die Bezugsnehmer von Kindermilch vielfach erst am nächsten Morgen in den Nachmittagsstunden beliefert werden, da die Meiereien die frisch eintreffende Milch erst verarbeiten mußten. Man sieht dem Winter mit großen Sorgen entgegen.

Heute endigt die juristische Sprechstunde um 6 1/2 Uhr.

Tagung der preussischen Feuerbestattungsvereine. Die am Sonntag hier abgehaltene Versammlung der preussischen Feuerbestattungsvereine war trotz der schimmigen Verhältnisse von 25 Vereinen aus ganz Preußen besetzt, auch vom Ministerium des Innern und der Stadt Berlin. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, den bereits fertiggestellten Gesetzentwurf schleunigst der Landesversammlung vorzulegen, damit die bei der künftigen Zunahme der Feuerbestattung immer höher werdenden Lebensstände der jetzt geltenden Gesetzes so schnell wie möglich beseitigt werden. — Eine weitere Entschließung ersucht die maßgebenden Behörden, dem angebotenen Kohlenersparnis wegen gestellten Verlangens auf Schließung der Krematorien keine Folge zu geben; denn in Wirklichkeit ist — entgegen den darüber verbreiteten unrichtigen Annahmen — der Verbrauch der Krematorien an Brennholz so gering, daß er gegenüber dem allgemeinen Bedarf nicht die geringste Bedeutung hat. In Berlin a. B. erfordern die circa 2000 Einäscherungen im Jahre rund 4000 Zentner Kohle. Das sind auf den Kopf der Bevölkerung 50 Gramm im ganzen Jahre, für die Familie von 3 Personen also ein halbes Pfund, während der Jahresverbrauch einer Familie an Brennmaterial mit mindestens 30 Zentnern im Jahre gerechnet werden muß. Ein halbes Pfund auf 30 Zentner, das ist doch in der Tat so gut wie nichts.

Ungezügelter Stämmung des Garnison-Lazarets Charlottenburg. In dieser auf dringende Bitten der Einsender gebrachten Notiz erhalten wir noch folgende Zusätze: Der Appell der Vertrauensleute des Garnison-Lazarets an die öffentliche Meinung geht von einer falschen Voraussetzung aus. Das Garnison-Lazarett ist vom Sanitätsamt und vom Kriegsministerium zur Unterbringung der Krieger- und Gefährdeten zur Verfügung gestellt worden, nachdem es trotz monatelanger Verhandlungen nicht möglich war, Räume zu beschaffen, in denen unsere Ausheilung, die noch 3 bis 4 Jahre in Anspruch nimmt, gesichert ist. Passende staatliche Gebäude können für diesen Zweck nicht zur Verfügung gestellt werden, und Niederträme zu beschaffen, verbietet angelegentlich die finanzielle Lage des Staates. Die Persönlichkeit unseres Arztes, Zahnarztes Dr. Ganser, spielt bei der ganzen Frage nur insofern eine Rolle, als er, wie auch von allen Instanzen anerkannt wird, die einzige Hoffnung von 200 Verwundeten ist, die durch ihn wieder zu menschenähnlichen Wesen werden wollen und die für sich dasselbe beanspruchen, was während des Krieges für über 1000 Kameraden möglich war, nämlich bestmögliche Wiederherstellung ihrer geschollenen Seelchen. Den Grad unserer Erregung kann man wohl daran ablesen, daß wir schon seit 4 Monaten in der gleichen Lage sind wie die Kameraden des Garnison-Lazarets, daß wir schon am 15. September unser jetziges Lazarett räumen sollten und daß ein Befehl des befehlhabenden Arztes für uns vollkommen unmöglich ist. — Karl Dähler, Vertrauensmann.

So wird der kostbare Raum des Bldates durch „unbedingt notwendige“ Erklärungen und Gegenerklärungen anderen Dingen weggenommen. Und viele Einsender glauben noch immer, alles was sie schreiben, müsse auch erscheinen.

Kohlenswindler an der Arbeit. In letzter Zeit drängen sich mehrfach Schwindler an Kaufleute und kleine Gewerbetreibende heran und bieten eine ganze Ladung Brillen billig an. Wenige Tage später wird der Käufer in die Nähe eines Güterbahnhofes bestellt, wo der Verkäufer einen gefälschten Preisbrief gegen Bezahlung eines vorher vereinbarten Preises überreicht. Will der Käufer dann die Kohlen abfahren lassen, so stellt es sich heraus, daß er Schwindlern in die Hände gefallen ist, die ihm um eine ansehnliche Summe geprellt haben. Es kann daher nicht genug vor Kauf von Preisbriefen gewarnt werden. Die Liebermanns-Abteilung der Eisenbahndirektion Berlin ist den Schwindlern bereits auf der Spur.

Ein Kubikmeter Gas — 53 Pf.! Im Süden Groß-Berlins, u. a. Dahlen, Friedenau, Grunewald, Schmaragdort, Marienfelde, Riederschnitten, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Wilmersdorf, Zehlendorf und Nikolassee kostet von dem Tage ab, an dem im September 1919 die laufenden Gasmeterstände aufgenommen

werden, der Kubikmeter Gas einschließlich Kohlen- und Anlagsteuer 53 Pfennig. Zu Kriegsbeginn kostete der Kubikmeter Gas 12,75 Pf.

Wie behandelt man das Salzfleisch? Eine Leserin schreibt: Ich habe das Fleisch gut abgewaschen, sofort ins kochende Wasser getan, eine Viertelstunde kochen lassen und dann herausgenommen und ins Gemüse getan oder geschmort. Das hiesige Brähe habe ich kalt werden lassen, habe den Salz abgenommen und das Wasser weggeschöpft, denn es war das reine Salz. Das Fleisch war tadellos geworden. Ich habe wenigstens wieder mal ordentlich Fleisch essen können, denn bei der Markenportion bleibt ja immer für Mutter nichts übrig. Ich habe mir heute wieder einen schönen Kanten Fleisch ohne Marken geholt.

Achtung! Beamte und Angestellte der Reichs-, Landes-, Provinzial- und sonstigen Verwaltungsbehörden!

Morgen Freitag, 5 Uhr, im Herrenhaus (Festsaal), Konferenz der bei den vorgenannten Behörden tätigen Beamten und Angestellten, die auf dem Boden der S. P. D. stehen. Jede Behörde muß durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein. Mitgliedsbuch der S. P. D. legitimiert.

Gekändnis des Mörders Drewnik. Der Monteur Max Drewnik hat gestanden, daß er mit seinen Spießgesellen die beiden Sicherheitskondaten bei Königsplatz und bei Lützen den Gendarm Gallaun erschossen hat. Der Verbrecher gesteht nur die Verbrechen ein, deren er ohnehin überführt ist. Am 9. März sollte er mit seinen Spießgesellen wegen der Erschießung der beiden Sicherheitskondaten nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Kurz vor der Ueberführung sprang er jedoch durch ein Fenster im zweiten Stock auf den Hof hinab und entkam. Sein erstes war, daß er sich eine neue Parabellumpistole zulegte, die er ständig bei sich trug. Sein Hauptberufsfeld war die Gegend von Lützen. Er fuhr dorthin mit seinen Spießgesellen, die er immer wechselte und stahl, wie er zugibt, Tiere, Großvieh und Kleinvieh, Pferde, Schweine, Gänse, Enten und Hühner.

Ein Kleideraufhänger hat es auf die kostbaren Toiletten von Theaterbesucherinnen abgesehen. Zwei Damen, die Dienstag abend das Theater in der Königsgräber Straße besuchten, hat der Irtsinnige die Kleider aufgeschritten.

Ein Schatzmann als Einbrecher und Erpresser. Der Schatzmann H. Lemm von der Schöneberger Ordnungspolizei ist unter dem Verdacht der Erpressung und des Einbruches festgenommen worden. Lemm hatte vor einiger Zeit im Dienst den Kaufmann Meyer aus der Verliesgadenstraße kennen gelernt und von diesem erfahren, daß Herr M. bei der herrschenden Unsicherheit allabendlich aus seinem in der Nähe liegenden Geschäft die wertvollen Stoffe in seine Wohnung mitnahm. Vor einigen Tagen ging Lemm in Urlaub und lernte in einer Kneipe zwei Matrosen und einen berufsmäßigen Einbrecher kennen, mit denen er beim Glase Bier „ein Ding ausknobelte“. Lemm schilderte seine Bekanntschaft mit dem Kaufmann Meyer und erklärte, daß man zu diesen ein doppeltes Geschäft machen könne. Man müsse in amtlicher Eigenschaft in die Wohnung des Kaufmanns eindringen, die Waren aus gestohlenes Gut beschlagnahmen und obenhin von Meyer noch ein Schweigegehalt erpressen. Am nächsten Nachmittag begaben sich die vier Gauner nach der Verliesgadenstraße. Während Lemm und der Einbrecher auf der Straße Schmiere standen, gingen die beiden Matrosen in die Wohnung. Sie trafen den Kaufmann nicht zu Hause und erklärten dem Dienstmädchen, daß sie im Hause befindliche gestohlene Stoffe beschlagnahmt hätten. Die beiden Matrosen durchsuchten die ganze Wohnung und fanden schließlich das Zimmer, in dem die Stoffe und Seidenwaren lagerten, das jedoch verriegelt war. Inzwischen merkte das Mädchen, daß es offenbar zwei Verbrecher vor sich hatte und warnte eine List an. Sie erklärte, daß der Kaufmann sich in der Küche befinde und daß sie ihn holen würde, damit die beiden „Beamten“ mit ihm selbst verhandeln könnten. Die Matrosen, die sich vollkommen sicher fühlten, gingen in die Halle und gestatteten dem Dienstmädchen, die Wohnung zu verlassen. Anstatt den Kaufmann, benachrichtigte das geistesgegenwärtige junge Mädchen jedoch die nächste Revierwache, die sofort mehrere Beamte entsandte und das verblüffte Mädchen, darunter ihren Kameraden, verhaftete.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Wilderern kam es bei Schöneberg. Der Förster Möller überreichte drei Wilderer, die ihn sofort beschossen. Zufällig kam ein Gendarm hinzu, der einen Oberleutnant erhielt. Der Gendarm schoß wieder und traf den Arbeiter M. Meyer. Sein Sohn, Schlosser Otto Meyer, schoß noch sechsmal. Der Vater erlag seinen Wunden.

Berlin-Stuttgart. Die im Anzeigenteil der Nr. 475 angelegten Schnellzüge verkehren nicht mehr. Buchdrucker-Auktionäre (S. P. D.)! Agitiert für Massenbesuch der am 1. September, vormittags 10 Uhr, in den Räumen des Tellerer Straße, Ecke Belle-Alliance-Straße, stattfindenden Buchdrucker-Versammlung. Ergo für Herausgabe der Verbandsblätter und ersucht pünktlich in der Versammlung; sie wird pünktlich eröffnet, weil der Saal bereits um 12 Uhr gedrückt werden muß.

Verband der Vertrauensleute Deutschlands. Heute, Donnerstag, 7 Uhr, Kasper-Festhalle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31: Allgemeine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Das Rätelräthel. Referenten: Däumig (S. P. D.) und Dr. Tolpelt (S. P. D.) — Mitgliedsbuch legitimiert. Erscheint zahlreich.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Neutrale Gruppe. Sonntag, 11. Dranienburg, Stadtwald, Borsdorf. Abfahrt 8 Uhr. Vorrat 620.

Wilmersdorf. Weniger Religion — mehr Rechnen! In den höheren Schulen wird wöchentlich 2 Stunden Religionsunterricht erteilt. In den Volksschulen aber stellt man für das Einpausen von Sprüchen usw. wöchentlich 4 Stunden, bei den letzten zwei Jahrgängen, wo der sogenannte Konfirmandenunterricht hinzukommt, sogar 6 Stunden für Religion in den Lehrplan ein. Auf Grund der sozialdemokratischen Forderung beschloß die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit, der Magistrat möge auf Grund eines entsprechenden Erlasses des Ministers Oetisch vom 8. Dezember 1918 unverzüglich geeignete Vorkehrungen treffen, um den wöchentlichen Religionsunterricht auf 2 Stunden herabzusetzen, um die dadurch gesparten Stunden für den Ausbau des Unterrichts in Deutsch, Rechnen und Bürgerkunde zu verwenden. Ferner ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, daß der Konfirmandenunterricht außerhalb der Schulstunden gelegt werden möge.

Friedenau. Aus der Gemeindevorsetzung. Die Errichtung einer unentgeltlichen Rechtsauskunftsstelle im Rathaus wurde gemäß dem

Antrag der S. P. D.-Fraktion einstimmig beschlossen und die Organisation und Vorbereitung eines Ausdrucks zur schleunigsten Erledigung übertragen. — Interessante Ausschüsse haben die Verteilungen des Leiters des Wohnungsamtes Assessor Sturm. Danach enthält die Liste des Wohnungsamtes etwa 1200 Wohnungssuchende, denen 150 freierwerbende Wohnungen gegenüberstehen. In Kellern und Dachgeschossen werden Notwohnungen geschaffen, um wenigstens einen Teil der am 1. Oktober tatsächlich obdachlos dastehenden Familien unterzubringen. Daß hierbei an eine ordnungsmäßige Befolgung der Vorschriften des Wohnungsamtes überhaupt nicht zu denken ist, erscheint leider verständlich, wenn auch ganz außerordentlich bedauerlich. Im schlimmsten Falle wird das Wohnungsamt zur zwangsweisen Zivileinquartierung und Teilung großer, nicht genügend belegter Wohnungen gezwungen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Milch. Am 18. d. M. wird auf die „O I“ und „O II“ Kindermilch-Lactin als Ersatz für vier Tage Vollmilch eine Dose Kondensmilch veranschlagt.

Die Liebesgabenleistungen aus dem Ausland werden von der Deutschen Wohlfahrtsstelle an die deutschen Wohlfahrtsorganisationen weitergegeben, die selbst in praktischer Fürsorgearbeit stehen. Einzelne Hilfsteller können von der Deutschen Wohlfahrtsstelle selbst berichtigt werden. Weihensee. 250 Gramm Maisfabrikate (53, 60). 500 Gramm Raimelade (47).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialistische Vereinigung. Die Mitglieder nehmen an dem von der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft an der Landeshochschule, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Realschulsaals, Beinhilfenstraße, veranstalteten Vortrag des Genossen Herward Walden „Der Erpresser“ (mit Erläuterungen an Hand von Originalgemälden) teil. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 50 Pf. erhoben.

Charlottenburg. 2. Gruppe. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Lokal von Kemmler, Charlottenburg, Friedrichs-Platz 8: Gruppenversammlung. Treptow-Baumhulenweg. Achtung, Frauen! Morgen Freitag, 19. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Kaiserbadgarten, Treptow, Gemeinlame Kaffeehaus. Jahrelange Beteiligung erwünscht. Kaffee mitbringen.

Verbandsausch für Post und Telegraphie. Heute Donnerstag, 8 Uhr, Aula des Sophien-Schulsaals, Beinhilfenstr. 16/17, Volksversammlung der Betriebsvertrauensleute. Tagesordnung: „Die kommenden Arbeiterkämpfe“. Erscheinen unbedingt notwendig.

Gerichtszeitung.

Berbeitung einer nicht genehmigten Zeitung. Nach § 8 der Verordnung des Oberkommandierenden Russie vom 3. März 1919 ist das Erscheinen neuer Zeitungen vor noch Genehmigung des Oberkommandos in den Marken zulässig. Wegen Verstoßes gegen diese Verordnung hatte sich der Dreher Wilhelm Ray vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte am Tage der Verurteilung von Rosa Luxemburg in einem Demonstrationsszuge Nummern des kommunistischen Blattes „Der Kämpfer“ verteilt. Das Erscheinen dieser Zeitschrift war vom Oberkommando nicht genehmigt worden. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht davon gewußt habe; ihm seien unterwegs mehrere Exemplare der Zeitung in die Hand gedrückt worden und er habe sie verkauft, um sich einen kleinen Verdienst zu verschaffen. Das Gericht war der Meinung, daß das Verbrechen die Laibbestandsmerkmale im Sinne der Verordnung enthalte. Das allein Wesentliche für das Erscheinen einer Zeitung sei die Verbreitung. Der Hinweis auf die in hiesigen Marken feigebliebenen kommunistischen Zeitungen greife nicht durch, da gar nicht feststehe, ob diese Zeitungen nicht schon vor dem 3. März erschienen seien. Der Angeklagte habe nach Ansicht des Gerichts nicht aus Geldinteresse, sondern aus Rücksicht auf seine Partei- und Genossenschaftsgenossen gehandelt. Bei der Abmessung der Strafe habe das Gericht erwogen, daß eine Geldstrafe doch von der Partei getragen werden würde und deshalb auf eine Freiheitsstrafe erkannt die auf 4 Wochen Haft bemessen wurde.

Jugendveranstaltungen.

15.—20. Akt. Volkstunabend zum Besten der Jugendheimen morgen Freitag, 7 Uhr, Aula Hohenlohestr. 10, unter Mitwirkung des Berliner Lerzells und des Frau Maria Schupmann.

Schüler und Schülerinnen! Sonntag, den 21. September, 7 Uhr, in der Sophien-Aula, Beinhilfenstr. 15. Vortrag von Dr. G. W. W. über: Die Jugend und das sozialistische Schulprogramm. — Eintritt frei.

Mädchenkonferenz heute 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 8. Thema: Unsere Winterarbeit. Referent: Genosse Lodenbogen. Ausdrücke.

Schüler und Schülerinnen! Sonntag, den 21. September, 7 Uhr: Gemeinlame Festsitzung im Jugendheim, Brangelstr. 12a. Erscheinen aller Helfer dringend notwendig.

Wiedersehenswende. Heute 7 Uhr: Diskussion über „Arbeiterjugend“ Nr. 18.

Briefkasten der Redaktion.

Heute endigt die juristische Sprechstunde um 6 1/2 Uhr.

G. R. 16 Striegan. Ihr Beitrag ist viel zu lang für uns; er soll an die rechte Stelle geleitet werden. — Halle, Friedrichstraße. In einer Parteifraktion können wir in Ihrer Sache nicht ansetzen; was soll mit dem Stein? — R. S. 1919. Neue Friedrichstraße 53-55. — R. S. 90. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wie hoch das Einkommen Ihres Mannes ist. — D. O. 35. Legen Sie bei der Kirchenbehörde sofort gegen die Veranlagung Einspruch ein. Ihre Steuerpflicht ist bereits erloschen. — R. V. 45. Das Reumant kann die erhöhte Wohnung gemindert, kann dazu jedoch nicht gezwungen werden. Es bleibt nur übrig, unter Schlichtung der Bedürftigkeit ein erneutes Gehalt einzurufen; für den Fall der Ablehnung können Sie sich beim Oberkommando beschweren. — G. E. 100. Der Standpunkt der Elternverwaltung ist nach dem Gesetz leider begründet. — Grunewaldstraße 71. Ja, für die Zeit bis 31. Dezember 1918. Falls Sie für das ganze Steuerjahr 1918 verantwortlich sind, verlangen Sie Abhebung der Steuern für 1/2 Jahr. — R. R. 99. Die Forderung ist verächtlich, falls 1. In ein Vollstreckungsbegehren nicht gestellt worden ist. 2. Rein. — G. O. 50. Handelt es sich um die Witwenrente nach dem verstorbenen Ehegatten, so hat die Witwe Anspruch auf 1/2 des der Rente zugrunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen. Für den Monat der Wiederverheiratung ist die unentgeltliche Witwenrente noch zu zahlen. — Zwei Streitende. Treue. Wenn nichts anderes vereinbart ist, 6 Wochen zum Dienstquartal. — R. 24. Antrag beim Versorgungsamt. — Hannover 15. Rein. G. V. Am besten bringen Sie den Hut zum Fachmann. — 46. Ja spät.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Frühzeitig warm, zumeist noch überwiegend heiter und trocken. Von Norden nach Süden fortschreitende Trübung und im Räumgebiet vielfach leichte Regenfälle.

Verleger gesucht.
Reizvollste, abgegriffene, seit 4 Jahren aus dem Verkehr, hat eine Reihe von Karten von unerschöpflichem Humor gezeichnet. Sucht Verleger für diese Karten.
Die Karten sind im Verlag von Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9, zur Ansicht ausgelegt.

Herr. Offiziere, Landwirte, sucht ein solches ein gut möbliertes Zimmer.
Angebot unter D. 35 an die Expedition dieses Blattes 1777

Schreibmaschine
Sichtbare Schrift mit Angabe der Worte, nur aus Feinhand, sucht Offenberger, Rosenbaler Straße 40. 52/4

Jeder Raucher kann 1000 M.
u. mehr jährlich bei Gebrauch meiner behördl. zugelassen. unschädlichen **Raucher-Streik** - Tabletten ersparen, durch die sich jeder das Rauchen in wenigen Tagen gänzlich abgewöhnen kann, wie Dankschreiben beweisen. — Eine Schachtel (30 Tabletten) M. 4,20 franko. (Für starke Raucher 3 Schachteln M. 11,50). E. Kemp, Eisenmannstraße 22, München 2.

RUND
Reklame
EISENMANNS

Ansträgerinnen für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Kopenplatz. — Prinzenstr. 31. Hof part. — Stoipmann. W. Blumenstraße 8. Hof. — Markusstr. 36. — Döls, Immanuelkirchstr. 24. Mail, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3. Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Beitzer Straße 27.
Steglitz: Zierelecker, Schildhornstr. 11.

Sedertreibriemen
neu und gebrauchte, lauffähigen Rollen bei feinsten Rollen. Anwesenheit nur schriftlich an Jacob, Kollnburger Str. 16.
Carm, Schellack, Kunst, Holz, Strohm. 1.

Straßenhändler für den „Vorwärts“
steht ein die Hauptexpedition, Lindenstraße 8.

Selbstbehandlung
m. Radikal-Katheter bei Harnleiden, gar. guter Erfolg. Preis p. Stk. M. 6.— Wieder-vert. Kaufher Rabat. Margonal, Berlin, Belle-Alliance-Straße 32.

Künstliche Zähne
mit edlem Porzellan, Goldronen und Brüden Goldschläger, Rep. u. Umrah. 10. Ueber 30 J. schätzl. Reine Luxuspreise. Zahnarzt Dr. Gröger, Prinzenstr. 66a an der Drebbener Str. Fernspr.: Rotogr. 11263. 85688

Salon-Harmonium
1250.—, Konzert-Harmonium mit Wechselwerke 1500.—, 32. Klavier 650.—, gebrauchtes billig, vert. Berger & Co., Dönsenstr. 164. Verkauf II. Etage.